



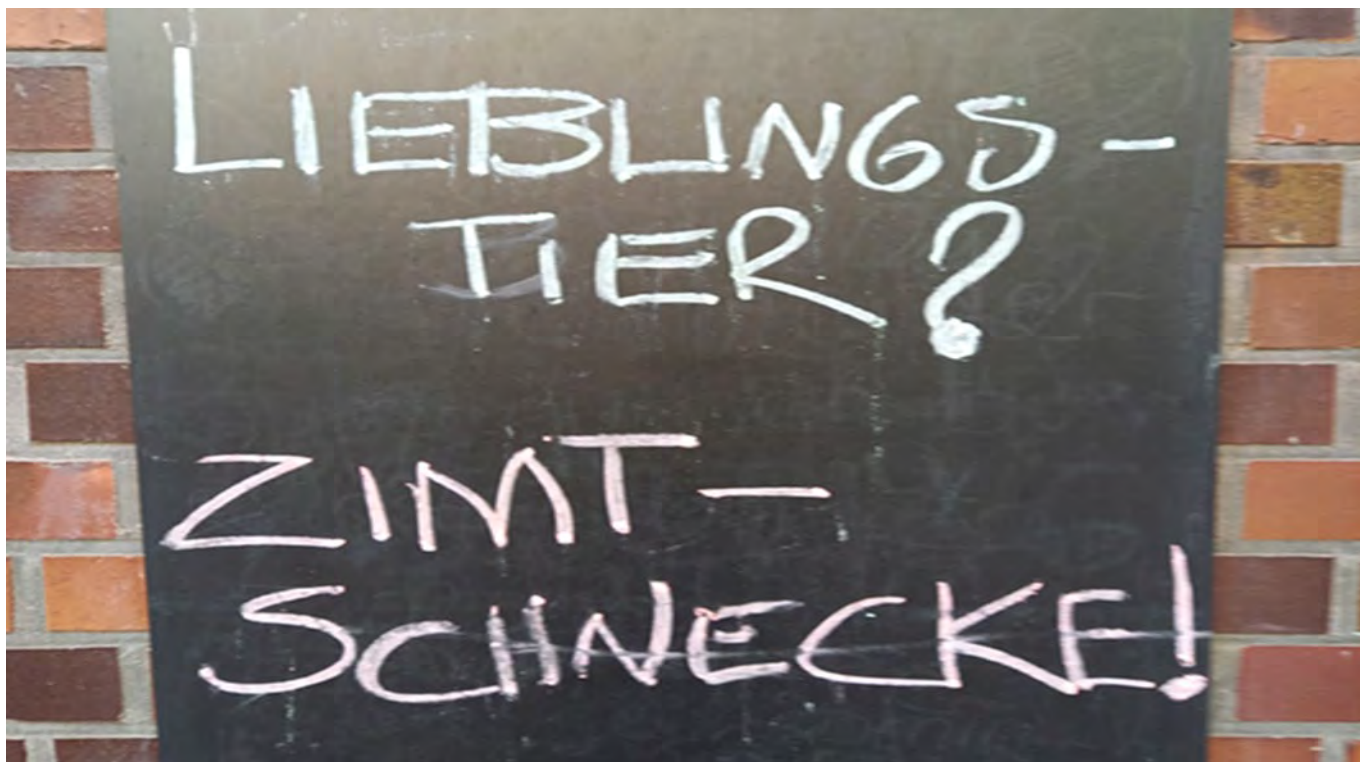
Bürger*innenbrief

21. Mai 2025

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

»Schweigen ist keine Option« +++ Gestatten: Stephan Jersch +++ Teure Energiewende +++ Quo vadis, Tierschutz?
+++ Erfolge der Mietwucher-App aber weiterhin zu hohe Mieten und Wucher +++ Verfassungsschutzbericht zur AfD
+++ Hamburg werbefrei gescheitert +++ Peggy Parnass: Eine kleine radikale Minderheit ist gegangen +++ Lesetipp



Auch an den einfachen Dingen des Alltags erfreuen (Foto: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

so, die Bürgerschaftswahl am 2. März ist Geschichte, die ersten Bürgerschaftssitzungen haben stattgefunden, die Ausschussbesetzungen stehen und die Linksfraktion hat auch schon ihre erste Wochenendklausur hinter sich. Die nunmehr 23. Legislaturperiode ist also eröffnet, der parlamentarische Alltag nimmt wieder Fahrt auf.

Es ist eine kurze Phase des Einhaltens, der Rückschau und Einstellung auf neue Ziele und Vorhaben, eine schnell verfliehende Zeitspanne. Die Parlamentsdatenbank gibt 4.415 Anfragen der Linksfraktion für den Zeitraum 2020 bis 2025 an, ob es in den kommenden fünf Jahren angesichts einer doch

deutlich vergrößerten und verjüngten Fraktion noch mehr werden? Gespannt sind wir natürlich darauf, wie sich die Verknüpfung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Engagement entwickelt, das Credo jeder linken Bewegung. Und dies natürlich auch vor dem Hintergrund, dass DIE LINKE »draußen« in den Vierteln und auf den Straßen deutlich stärker in Erscheinung treten könnte und hoffentlich auch wird – mit inzwischen mehr als 5.000 Mitgliedern in Hamburg, also dreimal so viel wie vor einem Jahr!

Die anstehenden Themen, die zu bewältigenden Herausforderungen sind die gleichen wie vor der Bundestags- und



Das Team der Hamburger LINKEN in der Bürgerschaft: bestehend aus sechs bisher schon als Abgeordnete Tätigen und neun aus den Stadtteilen und Bezirken kommenden Neu-Parlamentarier*innen (Foto: <https://www.linksfraktion-hamburg.de/wer-wir-sind/>)

der Bürgerschaftswahl: das anhaltende Drama um Israel/Palästina und der Ukraine-Krieg, die Rechtsentwicklung und der Zuspruch für die AfD, gigantische Aufrüstungspläne bei gleichzeitig drohendem Sozialabbau, der allgemeine Preisauftrieb und die Mietenexplosion, der unzureichende Klimaschutz usw. Soweit wir die Koalitionsprogramme auf Bundes- und Landesebene bereits analysiert haben, werden die daraus resultierenden Maßnahmen und Programme das Leben der Menschen absehbar nicht verbessern, nicht den Wohnungsmangel beheben oder auch nur reduzieren, nicht das Arm-Reich-Gefälle, nicht den Militarisierungswahnsinn überwinden. Mit den Senatszielen von SPD und GRÜNEN werden wir uns eingehender im nächsten »Bürger*innenbrief« (BB) beschäftigen.

By the way, von Ihnen und Euch als Leserinnen und Lesern des BB wünschen wir uns für die kommende Zeit noch mehr Anregungen und kleine Hinweise, gerne auch Kritik und natürlich Ermunterung und durchaus den einen oder anderen Artikel. Denn wir wollen mit diesem BB nicht nur ausschnittsweise über die Arbeit unserer Fraktion informieren und Positionen der LINKEN beleuchten, sondern im Dialog mit anderen Menschen, Gruppen und Initiativen auch zur Vernetzung, zum produktiven Austausch beitragen. Kurz, Ihre und Eure Meinung und Resonanz sind uns wichtig und eine weitere Chance, als Linke die Bodenhaftung nicht zu

verlieren. In dieser Hinsicht sprechen wir sicher nicht nur für uns, sondern auch für eine frisch erneuerte und erweiterte Linksfraktion. Kämpfen, leben, lachen, erst recht in schwierigen Zeiten!

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho



Gesehen im März in Kochel (Foto: M. Joho)

»Schweigen ist keine Option«

Eine Zeit ihres Lebens aktive Kämpferin gegen Faschismus, geprägt durch die Geschichte ihrer jüdischen Familie, hat uns einen Beitrag zu den Entwicklungen seit dem Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 zur Verfügung gestellt.



Schwierige Positionierung (Fotos: M.Joho)

Liebe Freundinnen und Freunde,

in diesen Tagen feiern wir die Befreiung vom Faschismus. Wir feiern die Hoffnung, die die Gegner*innen der Nazis damit verbanden: den Aufbau eines demokratischen Deutschlands. Auch meine Eltern glaubten daran, als sie beschlossen, bei der ersten Möglichkeit, im November 1946 nach Deutschland zurückzukehren.

Bitte erlaubt mir, in Worte zu fassen, was mich seit dem 7. Oktober 2023 belastet. In meiner jüdischen Familie wurde das Wort »Humanismus« mit großen Buchstaben geschrieben. Ich bin mit bestimmten Begriffen aufgewachsen – mit Geschichte, mit Verlust, mit Verantwortung. Und mit der Überzeugung: *Nie wieder!*

Sehr wichtig war, dass *jüdisch* zu sein mehr bedeutet als Herkunft. Es bedeutete: mitfühlen. Verantwortung übernehmen. Niemals vergessen, was war – aber auch: wach bleiben dafür, was jetzt geschieht. Es bedeutete, dem Leiden anderer nicht gleichgültig gegenüberzustehen. Ganz gleich, wer sie sind.

»Nie wieder!« – das war nicht nur ein Satz. Das war ein moralischer Imperativ. Er bedeutete: Nie wieder dürfen Menschen entrechtet, vernichtet, entmenschlicht werden – ganz gleich, wer sie sind. Unsere Geschichte war nie nur Schmerz. Sie war auch Haltung. Sie war – Humanismus.

Auch jetzt gilt für mich: Jede Diskussion endet, in der das Existenzrecht Israels angezweifelt wird. Aber ich frage auch: Was ist mit dem Existenzrecht Palästinas? Ich frage mich: *Wo in Israel ist der jüdische Humanismus geblieben?* Auch wer seine Existenz verteidigt, darf das Menschsein nicht aufgeben.

Anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung am 8. Mai 2025 geht es auch darum, was »Nie wieder!«, was Humanismus und Gerechtigkeit für sie bedeuten. Die Autorin möchte – aus leider nachvollziehbaren Gründen – ihren Namen nicht veröffentlicht wissen.



Der Kampf auf Hamburgs Hauswänden

Ich bin mit dem Gefühl aufgewachsen, zu den Guten, weil zu den Opfern, nicht zu den Tätern zu gehören. Jüdisch zu sein bedeutete in meiner Familie: sich einzumischen, wo Unrecht geschieht. Für Minderheiten einzustehen. Die eigene Geschichte nicht nur zu erinnern, sondern daraus zu handeln. Heute ist dieses komfortable Gefühl ins Wanken geraten. Es ist ein *neues, bedrückendes Gefühl*, plötzlich nicht als Opfer, sondern auch – zumindest aus der Sicht vieler – als Täter*in gesehen zu werden. Ein Gefühl, mit dem die deutsche Jugend meiner Generation groß geworden ist.

Was in *Gaza* geschieht und in den Nachrichten meist nur am Rande berichtet wird – *Vernichtung, Vertreibung, Mord* – das ist nicht vereinbar mit dem, was ich als jüdisch gelernt habe. Jüdisch war, für mich, immer auch: *menschlich* bleiben. Auch unter Druck. Auch wenn es schwerfällt. Auch wenn es bedeutet, die eigene Seite zu hinterfragen.

Das *Leiden* auf beiden Seiten ist real. Die Angst in Israel ist real. Der Hass, der Terror, das Trauma – real. Das Pogrom, in dem die – wohlgerneht – linken Kibbuzniks abgeschlachtet wurden, kann nie verziehen werden. Die Verzweiflung der verwaisten Familien berührt zutiefst. Der Albtraum, den die Geiseln erleben. Aber auch die Bilder aus Gaza sind real. Die Trümmerberge. Die Kinder, deren Familien getötet wurden. Die Kinder, auf die gezielt Jagd gemacht wird ... Die vielen, vielen Menschen, denen die einfachsten Dinge wie Medizin, Essen und Wasser verweigert werden. Die aus dem Land vertrieben werden sollen, in dem sie geboren wurden. Das darf nicht gerechtfertigt werden mit dem Verweis auf Sicherheit. Sicherheit ist wichtig – aber dann für beide Seiten. Zwei auto-

nome Staaten hätten die Lösung sein können, aber nicht für eine Regierung, die den Anspruch auf das gesamte biblische Gebiet erhebt und in der ein Minister sich selbst unwidersprochen als Faschist bezeichnet.

Gerechtigkeit – das ist es, was wir gelernt haben zu verlangen. Nicht Rache. Nicht Vergeltung, nicht Aug' um Auge, Zahn um Zahn. Sondern eine Ordnung, in der niemand über dem anderen steht. Eine Ordnung, in der jedes Leben zählt. Auch und in jedem Fall ein palästinensisches. Auch wenn es unbequem ist, das auszusprechen.

Es tut gut, zu wissen, dass Juden in der ganzen Welt dagegen protestieren. Dass sich in Israel die Stimmen der Aufrechten mehren, die jeden Tag dafür demonstrieren, dass dieser Krieg ein Ende hat, erfüllt mich mit Erleichterung. Auch ihnen gilt meine Solidarität.

Es gibt keine einfachen Lösungen. Aber Schweigen ist keine Option. Nicht für mich. Nicht, wenn ich weiter an das glauben will, was mein Judentum für mich immer war: eine Stimme gegen das Wegsehen. Eine Stimme für das Leben. Ich danke Euch.

Gestatten: Stephan Jersch

Nun denn, eine Vorstellung von mir zu mir. So lang die Zeit bis heute war, versuche ich die Vorgeschichte dennoch kurz zu halten.

1963, im letzten Jahr Konrad Adenauers als Bundeskanzler, im Rheinland geboren – was mich jetzt zu einem älteren Jahrgang in der Linksfraktion macht – kam die Politisierung am Gymnasium. NATO-Doppelbeschluss, ein geplanter Autobahnring rund um Mönchengladbach und das Grundgesetz (»Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit...«) waren Anlass genug, mich zu organisieren. Und da gings 1980 erst mal in die SPD. Das hielt bis 1981 und von da aus kamen SDAJ, DKP und MSB Spartakus und ein sechsjähriger Ausflug an die Universität des Saarlandes.

1989 bin ich dann berufsbedingt in den Landkreis Stade gezogen und verweilte dort bis 1997. In diese Zeit fällt auch mein Austritt aus der DKP und mein Eintritt in die PDS, bei der ich während meiner Landtagswahlunterstützung in Ribnitz-Dammgarten am 1. Oktober 1990 aufgenommen wurde.

... lange Pause

Mit dem Umzug nach Hamburg 1997 ist es mir leider nicht gelungen, gegen den Widerstand des damals sektenhaften Landesverbands einen Bezirksverband der PDS zu gründen. Zu den Bezirksversammlungen 2001 und 2004 habe ich auf der Bezirksliste von Regenbogen – Für eine neue Linke, Bergedorf kandidiert.

Mit dem Zusammenschluss von WASG und PDS im Juni 2007 wurde ich dann Vorstandsmitglied der LINKEN in



Stephan Jersch in voller Blüte 2024 (Foto: Jens Schultz)

Bergedorf und 2007 Bezirksvertreter im Landesvorstand. Mit der Wahl in die Bezirksversammlung musste ich das Landesvorstandsmandat niederlegen, da der Bezirksverband eine strikte Trennung von Amt und Mandat vorschrieb. In Bergedorf war ich von 2008 bis 2014 Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, wurde allerdings 2014 nicht wieder in die Bezirksversammlung gewählt (das ist kompliziert und dem Wahlrecht in Hamburg geschuldet). 2015 habe ich dann für die Bürgerschaft kandidiert, in die ich über Listenplatz 6 gewählt wurde.

Und jetzt sind wir fast im Hier und Jetzt.

Seitdem sind meine Schwerpunkte in der politischen Arbeit die Umwelt-, Energie- und Klimapolitik, die Landwirtschaft und der Tierschutz. Zwischenzeitlich habe ich natürlich auch andere Gebiete als Fachsprecher der Fraktion vertreten, aber die genannten sind geblieben und das aus Gründen: Hamburg hat Verantwortung und die endet nicht am Kassenstand des Senats. Hamburg hat Verantwortung gegenüber kommenden Generationen für den Erhalt einer



April 2018 in Bremen

lebenswerten Welt. Hamburg trägt die Verantwortung dafür, dass die Energiewende eine soziale Energiewende ist. Hamburg hat Verantwortung gegenüber Tieren, die sich nicht selber schützen können. Hamburg hat Verantwortung für eine zukunftsorientierte und regionale Landwirtschaft. Klimagerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit, Ernährungsgerechtigkeit – das sind Punkte, die mich bewegen und deren Umsetzung den Unterschied machen. Den Unterschied zwischen Menschen verprellen und der Demokratie entfremden oder sie als Unterstützer*innen zu gewinnen. Auch aus diesem



Ja, er ist es, um 1979/80.

Grund bin ich ein großer Fan partizipativer Politikgestaltungen und hoffe, dass – wie wir das schon 2019 in der Bürgerschaft zur Klimakrise beantragt hatten – nun endlich Bürger*innenräte auch in Hamburg Fuß fassen. Ich verspreche mir, schon aus meiner langen bezirklichen Erfahrung, dass nicht nur die bestorganisierten und lautesten Gruppen ihre Interessen anbringen können, sondern vor allem auch jene, die sich schon längst von dem Gedanken verabschiedet haben, dass sie irgendwo »da oben« noch gehört werden.

Und nach sechs Jahren Bezirksversammlung Bergedorf – in der ich alle meine Aufwandsentschädigungen gespendet habe – und zehn Jahren Bürgerschaft in unterschiedlichen Fachsprecherfunktionen, bin ich nun als Parlamentarischer Geschäftsführer unserer neuen Fraktion gewählt worden. Einer Fraktion, die so jung wie nie zuvor ist und in der jetzt neun Genossinnen und Genossen erstmals im Hamburger Landesparlament sind. Diese neue Aufgabe hat jetzt auch dazu geführt, dass ich aus dem »normalen« Berufsleben ausscheide. Meine sozialversicherungspflichtige Arbeitszeit ist über die Jahre von 38 auf 25, 20 und zuletzt 15 Stunden immer weiter gesunken. Jetzt werden es 0 Stunden sein. Diese Zeit werde ich, neben der Fraktionsarbeit als Parlamentarischer Geschäftsführer, auch für die Arbeit als neuer Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft nutzen. Und: Bei mir steht die Tür (fast) immer offen und lebenslanges Lernen macht vor mir nicht halt!

Teure Energiewende, aber wer zahlt die Zeche?

Von **Stephan Jersch** und **Janine Burkhardt**, Fraktionsreferentin für Umwelt-, Klima-, Energie- und Hafenspolitik

»Hamburg vereint – mit Herz und Verstand« titeln SPD und GRÜNE in ihrem dritten Hamburger Koalitionsvertrag. Doch was steckt energie- und klimapolitisch für die Menschen in Hamburg drin? Beide wollen die Energie- und Wärmeversorgung sozialverträglich machen. Im Koalitionsvertrag sucht man entsprechende Maßnahmen aber eher mit der Lupe. Dabei hält die Freie und Hansestadt viele Zügel in der Hand. Die Energienetze Hamburgs sind weitgehend in öffentlicher Hand. Und das ist nicht der SPD zu verdanken, die sich dafür allerdings in ihrem Wahlprogramm auf die Schulter klopfte. Es waren die Hamburger*innen, die 2013 im Rahmen des Volksentscheids »Unser Hamburg unser Netz« dafür votiert hatten, genau diesen Schritt zu unternehmen. Die SPD war damals strikt dagegen, aber vielleicht, nein, offenbar erinnert sie sich nicht mehr daran.

Klar ist, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien ein wesentlicher Bestandteil der Klimapolitik und unverzichtbar für die Erreichung der Klimaziele ist. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass bereits jetzt bekannt ist, dass das 1,5-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung nicht mehr erreicht werden kann. Die Koalition in Hamburg beruft sich in ihrem Koalitionsvertrag auch nicht mehr auf das Pariser Klimaabkommen, sondern gibt sich mit dem derzeit geltenden Klimaplan und dem vor etwas mehr als einem Jahr be-

schlossenen Klimaschutzgesetz zufrieden. Damit schwächt Rot-Grün das 1,5-Grad-Ziel auf nun 1,75-Grad ab (bei einer 67-prozentigen Wahrscheinlichkeit, das auch zu erreichen).

Insbesondere im Hinblick auf die Klimaziele Hamburgs wurde die rot-grüne Koalition schon in der Vergangenheit nicht müde zu betonen, dass die Erreichung der Ziele vor allem vom Bundesstrommix abhängt, d.h. davon, wie viel fossile Energie noch im Strom stecke. Dabei kehrt Rot-Grün unter den Teppich, dass Hamburg selbst überwiegend Strom und vor allem Wärme aus fossilen Energieträgern produziert. So wurden im Jahr 2024 in Hamburg nach vorläufigen Angaben der Netzbetreiber rund 1,5 Mio. Megawattstunden (MWh) Strom eingespeist, von denen 0,9 Mio. MWh aus fossilen Energieträgern stammen (65%). Zuletzt hat die Stadt den vorletz-



Foto: SPD-Facebook

ten Platz im Vergleich mit den anderen Bundesländern in Sachen Ausbau erneuerbarer Energien belegt. Dabei hätte die Elbmetropole viel Potenzial, doch sie macht bisher nur wenig daraus. Eine Photovoltaik- (PV-) Strategie, die bisher nicht existiert, sowie die Verpflichtung zur Errichtung von PV-Anlagen bei Dachsanierungen sollen dazu beitragen, dass der Zubau für Strom aus Sonnenenergie wächst. Vorbild sollen die öffentlichen Gebäude sein, auf deren Dächern mehr PV-Anlagen installiert werden müssen. Gerade bei der PV-Pflicht können die Kosten für die Installation der PV-Anlagen auf die Miete umgeschlagen werden.

Gezwungenermaßen soll auch die Windenergie in Hamburg ausgebaut werden. Die rot-grüne Koalition plant, 0,5 Prozent der Landesflächen, die nach dem Bundeswindenergieflächenbedarfsgesetz auszuweisen sind, bereits bis Ende 2027 zu realisieren. Gleichzeitig wird an einem Bürgerenergiegesetz gearbeitet, mit dem auch die Umsetzung von Bürgerenergieprojekten in Hamburg gefördert werden soll. Dieses Bürgerenergiegesetz soll noch vor der Sommerpause fertiggestellt werden.

Die Linksfraktion begrüßt, dass die Beteiligung der Hamburger*innen endlich in Angriff genommen wird. Die Energiewende kann tatsächlich nur gelingen, wenn die Menschen in Hamburg mitgenommen und beteiligt werden und das auch nur, wenn sie sozialverträglich ausgestaltet wird. Aber gerade da hapert es. So sind in den letzten Jahren die Energiekosten u.a. im Zuge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine bedeutend schneller als die Realeinkommen gestiegen. Viele Menschen leiden unter Energiearmut. Das heißt, dass sie mehr als zehn Prozent ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen. In Hamburg, wie auch anderswo, steigen die Preise für Energie kontinuierlich an. Ob Strom oder Fernwärme, Preissteigerungen sind die neue Normalität. Nach-

dem bereits die privaten Wärmenetzbetreiber in den letzten Jahren schamlos ihre Kund*innen ausgenommen haben, will jetzt auch das städtische Unternehmen, die Hamburger Energiewerke (HEnW) die Preise für rund 260.000 Hamburger Haushalte um satte 30 Prozent erhöhen. Grund hierfür sind hohe Investitionskosten in der Wärmewende.

In den vergangenen Jahren wollte die rot-grüne Koalition eigentlich mit einem Härtefallfonds verhindern, dass Hamburger Haushalten der Strom oder Gas abgestellt wird. Die Energiesperren (Strom, Gas, Wasser) sind jedoch wieder auf dem Vor-Corona-Niveau. So wurde im Jahr 2024 genau 6145-mal der Strom, 41-mal das Gas und 549-mal das Wasser abgestellt – trotz Härtefallfonds. Der Härtefallfonds war am Bedarf vorbeigeplant und wurde nur in 75 Fällen tatsächlich genutzt. Die Linksfraktion hat ihn als »viel zu kompliziert und viel zu unbekannt« kritisiert und Bezieher*innen von Sozialhilfe konnten ihn erst gar nicht nutzen. Ohne Strom sind alltägliche Handlungen wie Kochen oder Duschen nicht möglich. Das ist für viele von uns kaum vorstellbar.

Die Energiekosten werden, neben den Mietkosten, für viele Menschen in Hamburg immer mehr zu einer Belastung bzw. zu einer Existenzfrage. Der Staat kann handeln und die Energiepreise von Netzentgelten befreien, damit sich Energiesperren erledigen. Noch besser wäre es, die Energiepolitik an sozialen Kriterien auszurichten. Unser Vorschlag ist ein kostengünstiges Grundkontingent an Energie. Verbräuche, die über diesem Grundkontingent liegen, wären dann deutlich teurer. Dies würde dafür sorgen, dass der Anreiz zum sparsamen Umgang mit Energie bestehen bliebe. Mit diesem Vorgehen ließen sich die Energiekosten für Privathaushalte mit geringem Einkommen sofort senken. Die Mittel für eine sozialverträgliche Energiewende sind vorhanden, allein der politische Wille fehlt der Hamburger Koalition bisher.



Ein Grund zur Freude: lautes & stilles Wasser © SPD-Hamburg

Quo vadis, Tierschutz?

Von Jens Schultz, persönlicher Referent bei Stephan Jersch

In der vergangenen Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft (2020–2025) gab es einige Verbesserungen hinsichtlich des Tierschutzes. Diese kamen zwar sehr zögerlich, doch der Druck von ehrenamtlichen Tierschützenden und der Opposition, speziell von der LINKEN, hat gewirkt. Beispielsweise ist sowohl das Ponykarussell auf dem Hamburger Dom als auch der Verkauf von lebenden Tieren auf Hamburger Wochenmärkten, speziell auf dem Fischmarkt, glücklicherweise Geschichte.



2021 zunächst an der Außenalster aufgestelltes Mahnmal für das Leid der Tiere (Foto: M. Joho)

Doch wohin geht es mit dem Tierschutz in den nächsten Jahren? Im Hamburger Koalitionsvertrag von Rot-Grün wird immerhin erwähnt, dass man das restriktive Hamburger Hundegesetz evaluieren wolle. Ein entsprechender Antrag der Linksfraktion wurde im Mai 2023 noch von der SPD, den GRÜNEN und der CDU in der Bürgerschaft abgelehnt. Bleibt festzuhalten, dass sich unser Drängen in der Sache ausgezahlt hat und die Koalition für eine solche Evaluation nun scheinbar bereit ist. Eine solche Aussage war seitens der SPD vor wenigen Monaten noch undenkbar, schließlich herrschte dort bisher die feste Überzeugung, das restriktive und anachronistische Hamburger Hundegesetz habe sich bewährt.

Rot-Grün hat im Koalitionsvertrag vereinbart, ein weiteres Tierheim zu planen und ein Projekt zu starten, um vorhandene Ressourcen, sprich: das Tierheim des Hamburger Tierschutzvereins von 1841 e.V. (HTV) an der Süderstraße, auszubauen. Auch hier reagieren SPD und GRÜNE auf eine Forderung der LINKEN, für ein zukunftsfähiges Hamburger Tierheim zu sorgen. Offen bleibt, ob das weitere Tierheim auf Hamburger Gebiet verbleibt oder man auf Flächen außerhalb der Stadt ausweicht, wie dies in Teilen schon mit der Nutzung des »Reso-Zentrum für benachteiligte Tiere« in Niedersachsen geschieht.

Doch es bleiben auch noch reichlich Baustellen beim Tierschutz in der Stadt. Beispielhaft dafür ist, dass Rot-Grün beim Thema Tierversuche nach wie vor keinen Ausstiegsplan vorsieht. Es wird auch weiterhin senatsseitig nicht die Notwendigkeit der Schaffung einer Stelle für eine bzw. einen Tierschutzbeauftragte/n erkannt. Eine Stelle, die wir als LINKE seit Jahren fordern, damit die Stadt den Anforderungen des Tierschutzes strukturiert begegnet. Auch fehlt dem Senat der Mut, Zirkusbetrieben für ihre Aufführungen endlich städtische Flächen zu versagen, sollten diese Tierdarbietungen, besonders mit Wildtieren, in ihrem Programm haben. Hier zieht sich Rot-Grün auf mögliche kommende bundesrechtliche Regelungen zurück.

Wo wir gerade auf den Bund kommen: Die Berufung des neuen Bundeslandwirtschaftsministers Alois Rainer (CSU), der auch für den Tierschutz zuständig ist, lässt wenig Hoffnung für Impulse und eine progressive Entwicklung beim Tierschutz aufkommen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sieht in Rainer den personifizierten Gegenentwurf zum bisherigen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (GRÜNE). »Jetzt kommt der schwarze Metzger. Das passt perfekt. Jetzt gibts wieder Leberkäs statt Tofu-Tümeleik«, so wird Söder in den Medien zitiert.

Das Thema Tierschutz bleibt daher notwendigerweise auf unserer Agenda. Gemeinsam mit Tierschützerinnen und Tierschützern werden wir für die Verminderung des Tierleids und für die konsequente Stärkung des Tierschutzes in der Stadt eintreten.

Erfolge der Mietwucher-App der LINKEN

Von Heike Sudmann

Im November 2024 hat DIE LINKE für mehrere Städte, auch für Hamburg, eine Mietwucher-App entwickelt und freigeschaltet. Damit können Mieter*innen prüfen, ob sie eine erhöhte (mehr als 20% über der ortsüblichen Vergleichsmiete nach dem Mietspiegel liegende) Miete oder eine Wuchermiete (mehr als 50% über der ortsüblichen Vergleichsmiete) zahlen. Ist das der Fall, können sie sich an die zuständigen Wohnungsämter wenden, die dann eine Überprüfung einleitet. Nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz handeln Vermieter*innen, die eine um mehr als 20% erhöhte Miete fordern, ordnungswidrig. Bei mehr als 50% Überhöhung ist zu prüfen, ob ein strafbarer Mietwucher vorliegt. Bußgelder und Rückzahlungen der zu viel gezahlten Miete können die Konsequenz sein.

Aktueller Stand*

Mehr als 120.000 Haushalte in neun deutschen Großstädten haben über www.mietwucher.app/ geprüft, ob sie überhöhte Mieten zahlen. Knapp 4.400 Verdachtsmeldungen auf Mietpreisüberhöhungen wurden an die zuständigen Wohnungsämter verschickt. In diesen 4.400 Fällen wurde der Mietspiegel, den Angaben der App-Nutzer*innen nach, im Durchschnitt um geradezu skandalöse 65% überschritten. Bei über der Hälfte der Meldungen liegt mit einer Überschreitung des Mietspiegels um mehr als 50% ein Verdacht auf eine Straftat nach § 291 Strafgesetzbuch (StGB) vor. Wenn die zuständigen Wohnungsämter den über die Mietwucher-App der LINKEN gemeldeten Fällen engagiert nachgehen und die Absenkung der Mieten durchsetzen, können allein diese 4.400 Haushalte unseren Berechnungen nach monatlich bis zu 1.078.000 Euro überhöhte Miete einsparen, 243 Euro pro Haushalt. Auf das Jahr gerechnet sind das fast 13 Mio. Euro. Die Mietpreisüberhöhungen in der Summe aller Nutzungen über die App beläuft sich sogar auf 23 Mio. Euro pro Monat, mehr als 270 Mio. Euro im Jahr.

Vorgehen gegen Mietwucher

Seit 2020 wird Mietwucher in Frankfurt a.M. mit großem Engagement verfolgt und mit Bußgeldern bestraft. In über 1.000 Fällen konnten so Rückzahlungen überhöhter Mieten von insgesamt über 330.000 Euro durchgesetzt werden. Das Ziel der LINKEN ist es, die vorbildliche Praxis des Wohnungsamts der Stadt Frankfurt in weiteren Kommunen zu verbreiten und Mieten tatsächlich zu senken. Die Verfahren dauern aber länger und sind nicht abgeschlossen.

Erste wichtige Erfolge sind zu verzeichnen. Die Stadt Freiburg hat nun bekannt gegeben, dass sie das Vorgehen in Frankfurt übernehmen möchte, das Verfahren vorbereiten und Anfang kommenden Jahres umsetzen werde. Aktu-

ell erstellen die städtischen Kolleg*innen ein Gutachten zur Feststellung einer Mangellage auf dem Wohnungsmarkt. Die Stadt Leipzig bearbeitet inzwischen die über die Mietwucher-App gemeldeten Fälle. Das zuständige Sozialamt will stärker gegen Mietwucher vorgehen und hat jetzt ein eigenes Online-Meldeportal eingerichtet.

Hamburg hat vor Kurzem ebenfalls eine eigene digitale Meldestelle für Mietwucher eingerichtet und ein Gutachten zur Feststellung einer Mangellage erstellen lassen, um das Vorgehen gegen Mietwucher zu erleichtern. In Berlin planen die Bezirksämter Charlottenburg-Wilmersdorf und Friedrichshain-Kreuzberg, in Anlehnung an das erfolgreiche Verfahren Frankfurts, entsprechende Schritte zur Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen einzuleiten. Jedoch stehen alle aktuellen Verfahren noch ganz am Anfang. In Neukölln wurden die Antwortschreiben nach gemeldeten Verdachtsfällen geändert. Jetzt werden ermöglichende Zeugenfragebögen statt der bis zum Start von Mietwucher.app üblichen abschreckenden Behördenschreiben verschickt. Die Bezirke wollen auf einen eigenen Mietwucher-Check verzichten, da die Mietwucher-App der Bundestags-LINKEN ein gutes Angebot sei, das genug Fälle an die Ämter liefere.



Dass die neue Bundesregierung eine mögliche Präzisierung des Mietwucherparagrafen im Koalitionsvertrag vereinbart hat, auch dazu hat die starke Verbreitung der App sicher beigetragen. Tatsächlich ist eine Reform auf Grundlage vorliegender Gesetzentwürfe sofort nötig und – ja – möglich. Die Wohnungsämter warten darauf, alle überhöhten Mieten in angespannten Wohnungsmärkten absenken zu können. Den entsprechenden Gesetzentwurf, bestehende Hürden abzubauen und die Bekämpfung von Mietwucher zu erleichtern, bringt die LINKE erneut in den Bundestag ein, sobald der Regelbetrieb aufgenommen wird.

* So jüngst übermittelt von der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Hohe Mieten und Wucher: Gutachten des Senats belegt eigenes Versagen

Von Heike Sudmann

Steigende Mieten noch und nöcher

Immer wieder versuchen interessierte Kreise, die viel zu hohen Mieten in Hamburg zu verharmlosen. Doch zwei aktuelle Studien belegen die dramatische Mietentwicklung. Am 13. Mai stellten Schüler*innen des Ohmoor-Gymnasiums ihre jährliche Mieten-Studie vor. Gegenüber dem letztjährigen Ergebnis sind die Neuvermietungspreise um 7,1 Prozent auf jetzt 15,62 Euro/qm nettokalt angestiegen (s. dazu den Artikel von Michael Joho auf Seite 11). Besonders stark (um fast 39 Prozent) stiegen die Mieten demnach in der HafenCity, aber auch in Stadtteilen wie Osdorf, Billstedt, Dulsberg und Tonndorf legten die Preise deutlich zu. Auch ein aktuelles Gutachten der Stadtentwicklungsbehörde stellt für die letzten fünf Jahre Mieterhöhungen fest, die weit über den Neuvermietungspreisen *im Durchschnitt deutscher Großstädte* liegen.

Damit wird einmal mehr belegt und bestätigt, was uns die Menschen an den Haustüren, an denen wir als LINKE klingen, immer wieder sagen: Die Mieten in Hamburg steigen und steigen und steigen. Die Folge ist eine große Unsicherheit, besonders bei jenen, die sich vor einem Wohnungswechsel fürchten, weil sie sich die neuen Mieten schlicht nicht leisten können.

Mietwucher-App der LINKEN als Gegenwehr für Mieter*innen

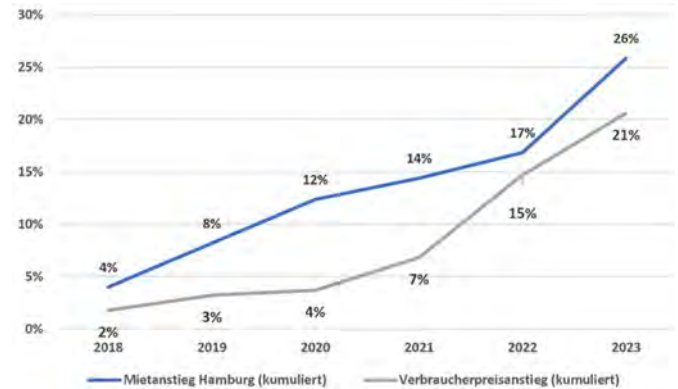
Die miesesten Vermieter*innen nutzen die Notlage der Mieter*innen schamlos aus. Damit Mieter*innen sich dagegen wehren können, hat DIE LINKE die Mietwucher-App entwickelt. Mit ihr können Mieter*innen prüfen, ob sie eine erhöhte Miete (mehr als 20% über der ortsüblichen Vergleichsmiete nach dem Mietspiegel) oder eine Wuchermiete (mehr als 50% über der ortsüblichen Vergleichsmiete) zahlen (siehe den eigenen Artikel in diesem BB dazu).

Senat reagiert mit einem Mietenmelder und einem Gutachten

Die Mietwucher-App der LINKEN hat seit November 2024 in Hamburg zu so vielen gemeldeten Verdachtsfällen von erhöhten Mieten und Wuchermieten geführt, dass der Senat handeln musste. Ende Februar richtete er einen eigenen »Mietenmelder« ein. Damit nicht jede*r Mieter*in einzeln nachweisen muss, dass in Hamburg kein günstig(er)es vergleichbares Angebot zu finden war, hat der Senat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Es soll die Frage beantworten, ob ein »geringes Angebot an Wohnraum im Sinne des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz in Hamburg« besteht. Diese wichtige Hilfestellung für die betroffenen Mieter*innen ist ein sehr guter Schritt, den ich ausdrücklich begrüße.

Das Gutachten mit dem Titel »Geringes Angebot an Wohnraum im Sinne des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz (WiStrG) in

Abb. 1: Relativer Anstieg der Angebotsmieten in Hamburg im Zeitraum 2018–2023 im Vergleich zum relativen Anstieg der Verbraucherpreise



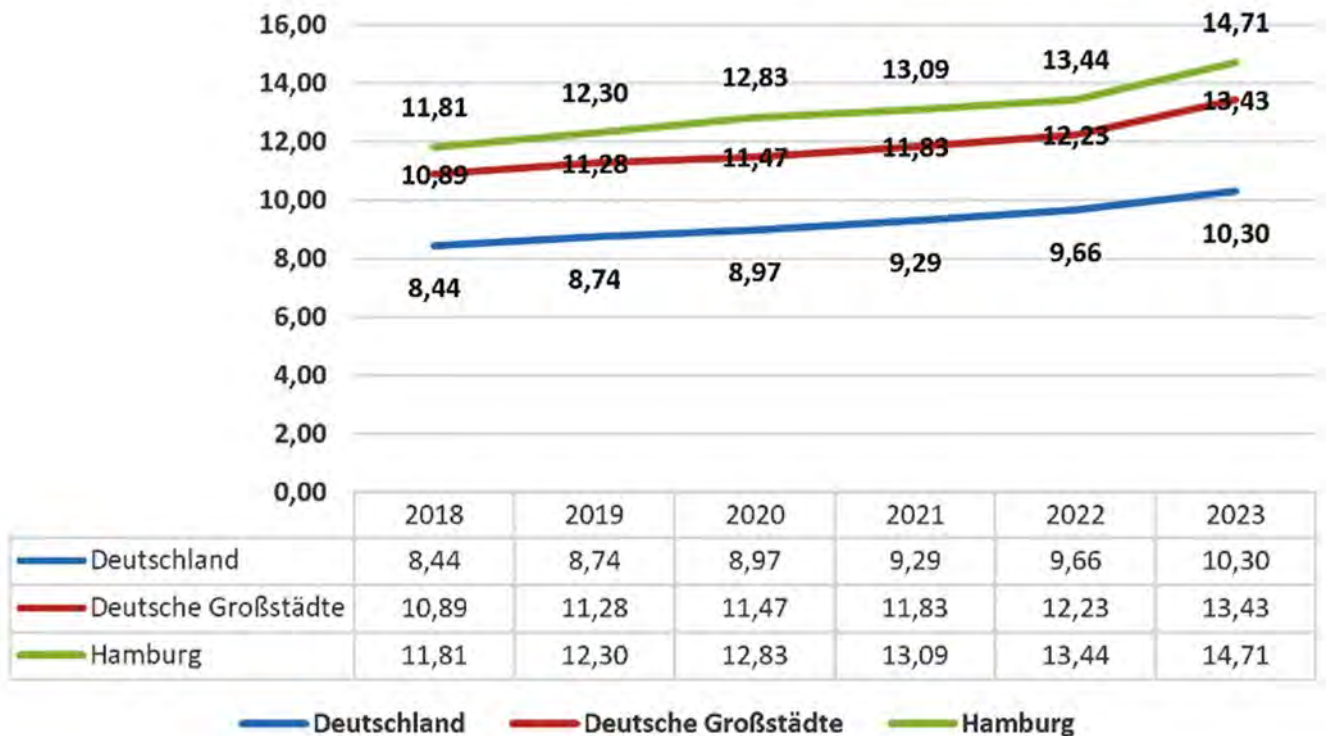
Schon klar, warum der Senat ein solches, selbst in Auftrag gegebenes Gutachten, nicht an die große Glocke hängt – Grafik auf S. 5.

Hamburg« umfasst zwar nur 13 Seiten, hat es aber in sich. Und so wurde es auch nicht öffentlichkeitswirksam von der zuständigen Stadtentwicklungsbehörde bekannt gegeben, sondern nur still und leise am 14. April im Transparenzportal veröffentlicht. Diese »Verschwiegenheit« ist kein Wunder, denn die Studie bestätigt langjährige Kritikpunkte der Linksfraktion. Von 2018 bis 2023 ist das Niveau der Angebotsmieten in Hamburg um satte 26 Prozent gestiegen, »signifikant über dem Durchschnitt der deutschen Großstädte«. Besonders stark erhöht wurden die Mieten bei den 60 bis 80 Quadratmeter großen Wohnungen. Das sind die Wohnungen, die den größten Anteil an allen Mietwohnungen in Hamburg ausmachen. Insbesondere den Haushalten mit niedrigeren Einkommen, die eine Sozialwohnung mit einer Anfangsmiete von 7,25 €/Quadratmeter beanspruchen könnten, bescheinigen die Gutachter*innen, dass sie »oft nicht die Möglichkeit besitzen, eine preisgünstige Wohnung im Sozialwohnungsbestand anzumieten«.

Wesentliche Aussagen aus dem Gutachten

Das Gutachten stellt u.a. fest:

- »Damit ist das Mietpreisniveau in Hamburg im Zeitraum 2018 bis 2023 deutlich gestiegen und liegt signifikant über dem Durchschnitt der deutschen Großstädte sowie dem bundesweiten Durchschnitt« (S. 4).
- »Die Mietpreisentwicklung in Hamburg zwischen 2018 und 2023 lag mit +25% zudem klar über der Mietpreisentwicklung in den anderen deutschen Großstädten insgesamt (+ 23%)« (S. 4).
- »Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Anspannungslage durchgehend gegeben war und sich zudem im Zeitverlauf verschärft hat« (S. 5).

Abb. 2: Entwicklung der durchschnittlichen Angebotsmiete (in €/qm Wfl. netto-kalt) in Hamburg im Vergleich zur Durchschnittsmiete in Deutschland und deutschen Großstädten

Ebenfalls eine Grafik aus dem Gutachten (S. 4), aus dem sich auch ergibt, dass das »bisschen« Preisanstieg in den letzten Jahren noch durch die Mietenexplosion getoppt wurde.

- »Die Mietanstiege betragen je nach Größenklasse zwischen 21 % (bei Wohneinheiten mit 100–120 qm Wohnfläche) und 26 % (bei Wohneinheiten mit 60–80 qm Wohnfläche). Auffällig ist, dass gerade die letztgenannte Größenklasse, die den höchsten Anteil am gesamten Mietwohnungsbestand ausmacht, den stärksten durchschnittlichen Mietanstieg im Zeitverlauf aufweist« (S. 7).
- »Die vorliegenden Mietdaten zeigen, dass das durchschnittliche Mietniveau sowohl in den hochpreisigen und gefragten innerstädtischen Stadtteilen (z.B. HafenCity) als auch in regionalen Teilmärkten mit bisher relativ niedrigen Preisen (z.B. Harburg, Wilhelmsburg) im Zeitraum von 2018 bis 2023 deutlich gestiegen ist. In beiden Fällen überstieg der Anstieg der Angebotsmieten die Inflationsrate. Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Mietwohnungsmarkt – auch bei differenzierter kleinräumiger Betrachtung – im gesamten Hamburger Stadtgebiet als angespannt zu bezeichnen ist«.
- »Betroffen von den hohen Mietanstiegen sind insbesondere Haushalte mit niedrigeren Einkommen (innerhalb der Einkommensgrenzen des 1. Förderweges), die oft nicht die Möglichkeit besitzen, eine preisgünstige Wohnung im Sozialwohnungsbestand anzumieten« (S. 11).

Mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage (Drucksache 23/256 vom 6.5.2025) haben wir das Gutachten öffentlich gemacht und auch nach dem Umgang mit den bisher eingegangenen Meldungen zu überhöhten Mieten gefragt. Bis heute haben

die zuständigen Wohnungsämter *nicht ein Verfahren* gegen Mietwucher eingeleitet, obwohl es seit November 2024 über 700 Meldungen gegeben hat. Auch wurde bisher das Personal in den Ämtern nicht aufgestockt.

Fazit

Die jahrelange Kritik der LINKEN an der Mieten- und Wohnungspolitik des Senats wird jetzt unfreiwillig auch von der Fachbehörde durch ihr Gutachten selbst bestätigt. »Bauen, bauen, bauen« und der sogenannte Drittmix helfen eben nicht gegen die explodierenden Mieten. 25 Prozent mehr Miete in Hamburg innerhalb von fünf Jahren, weder die Inflationsrate noch die Löhne sind auch nur annähernd so stark gestiegen! Doch der Senat lässt sich nicht beirren und hält an seinem Neubauziel von zwei Dritteln teurer Eigentums- und frei finanzierter Wohnungen fest. Und das, obwohl gerade Zehntausende Wohnungen im 1. Förderweg mit einer Anfangsmiete von 7,25 Euro/Quadratmeter fehlen.

Das Gutachten zeigt, dass der Senat sich zu Unrecht als deutschlandweiter Musterschüler preist. Die schnarchige Verlängerung der wirkungsarmen Mietpreisbremse reicht nicht mal ansatzweise. Der Senat muss endlich massiv gegen Mietwucher vorgehen. Dafür braucht es schnell mehr Personal und eine bessere Beratung der Betroffenen. Und natürlich muss der Senat sich im Sinne der Mieter*innen für einen Mietestopp und einen bundesweiten Mietendeckel einsetzen. Da geht kein Weg dran vorbei.

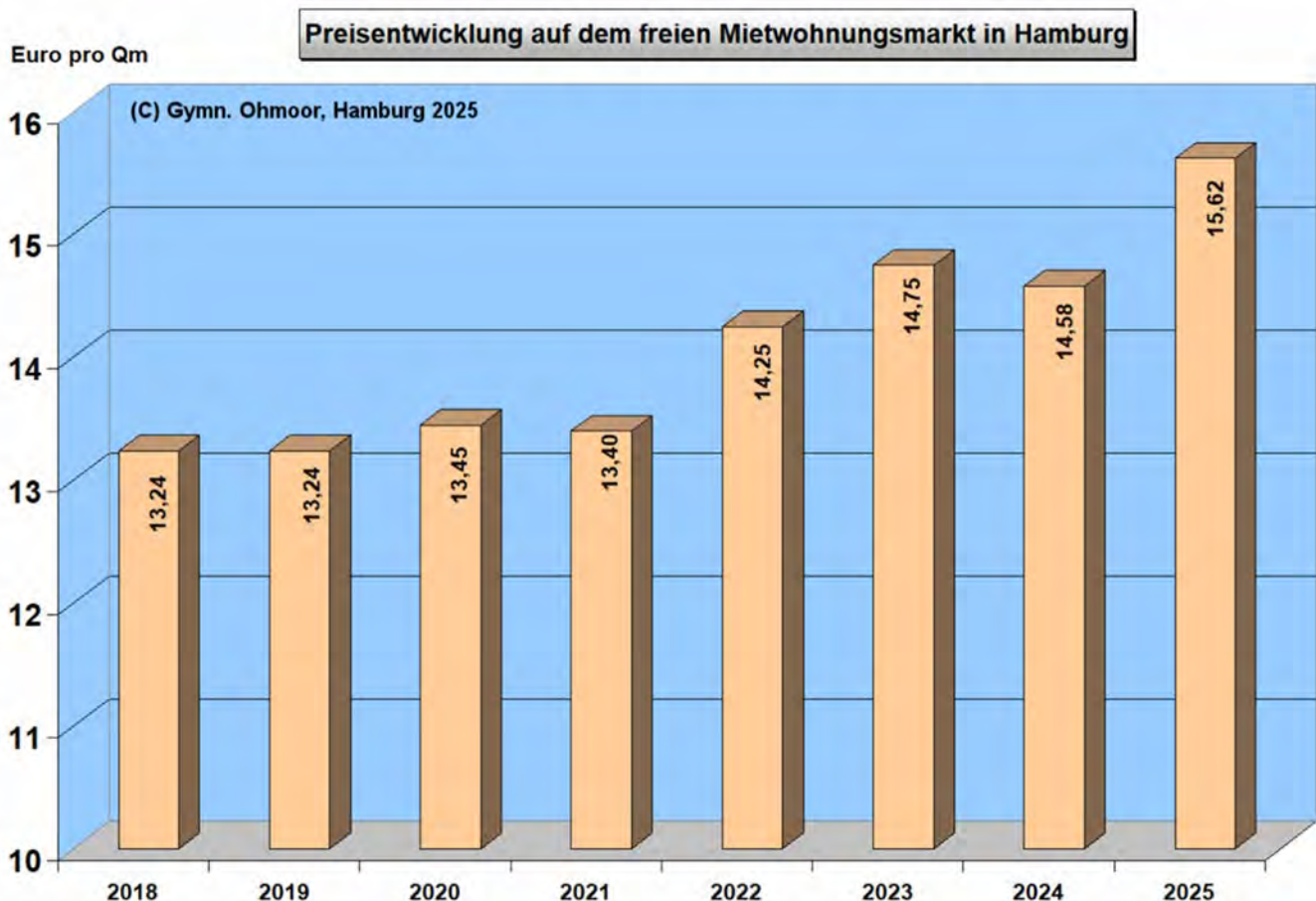
Hamburgs Mieten steigen ungebremst weiter

Von Michael Joho

Zu meinen liebsten Anliegen gehörte in der Vergangenheit der BB-Bericht über den alljährlichen Bericht der Ohmoor-Gymnasist*innen über die Mietentwicklung in Hamburg. Seit 1986 werten Schüler*innen des Geografie-Kurses von Christopher Gnann und Carl-Jürgen Bautsch zu Anfang des Jahres dafür über mehrere Wochen die Hamburger Inserate des Vermietungsportals Immowelt aus. Dieses Mal waren es 3.800 Anzeigen plus weitere 170 von anderen Immobilienplattformen für Stadtteile mit wenigen Angeboten, die zur Auswertung kamen. Die Honorarkraft Carl-Jürgen Bautsch hat sich daran gemacht, rund 50.000 Excel-Zellen nach Stadtteilen und Zimmeranzahl zu sortieren und Mittelwerte zu berechnen. Anschließend haben sich die 25 Schüler*innen des Wahlkurses Geografie (Klasse 11) damit beschäftigt, die Daten in Kartenform zu »gießen« und Entwicklungen in einigen Stadtteilen besonders zu beleuchten. Das – bedrückende – Hauptergebnis der umfangreichen Analyse lautet, dass die Angebotsmieten in Hamburg Anfang 2025 bei 15,62 Euro je Quadratmeter lagen und damit um 7,1 Prozent höher als im Vorjahr.

»Nach der Stagnation im Vorjahr müssen wir nun in Hamburg einen alarmierenden Zuschlag feststellen«,¹ unterstreicht Dr. Rolf Bosse, der Vorsitzende des Mietervereins zu Hamburg, mit dem das Gymnasium Ohmoor bei der Veröffentlichung der Zahlen seit geraumer Zeit kooperiert. Als Ursache sieht Bosse das erheblich geringere Wohnungsangebot in Hamburg. »Der Markt ist leer gefegt. Wer eine Wohnung hat, bleibt – wer eine sucht, findet kaum noch was Bezahlbares.« Hier zeigt sich einmal mehr das Versäumnis der SPD-verantworteten Wohnungspolitik und Mietpolitik in den vergangenen Jahren: Zu wenig sozialer Wohnungsbau und mangelnde Maßnahmen und Gesetze gegen den Mietwahnsinn zahlen sich für die Hauseigentümer*innen aus, auf Kosten der Mieter*innen und zigtausender Haushalte mit geringem oder auch mittlerem Einkommen. Und die Ohmoor-Schüler*innen belegen mit ihren Daten auch eindeutig, dass es eine Mär ist, fehlende Wohnungen und überzogene Mietpreise gäbe es nur in einigen nachgefragten Szenestadtteilen. Es gibt in Hamburg mittlerweile *nahezu keinen einzigen Stadt-*

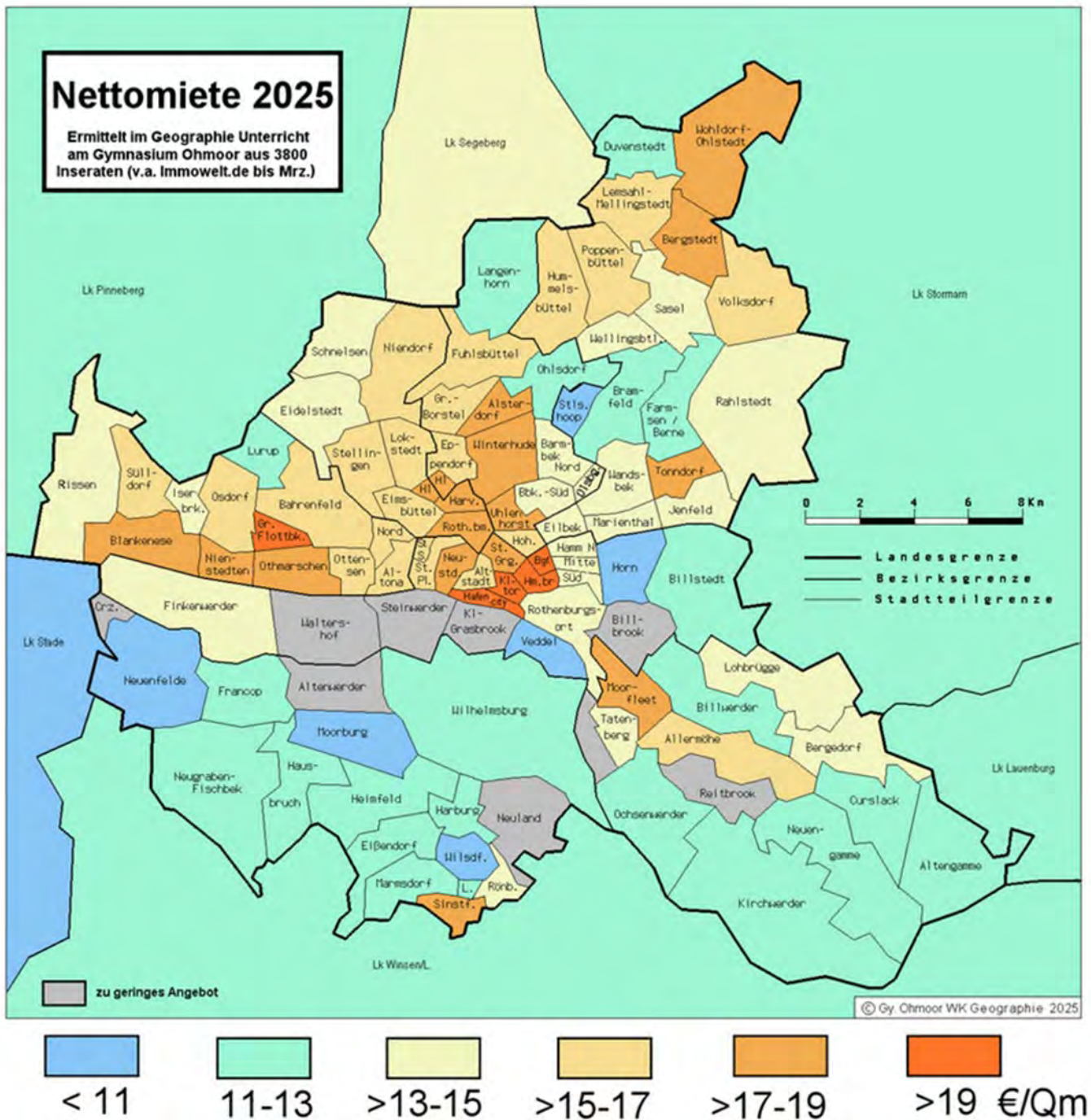
¹ Laut Presseerklärung des Mietervereins zu Hamburg vom 12.5.2025.



Alle hier aufgenommenen und weitere Grafiken unter <http://www.bautschweb.de/mieten/mieten.htm>

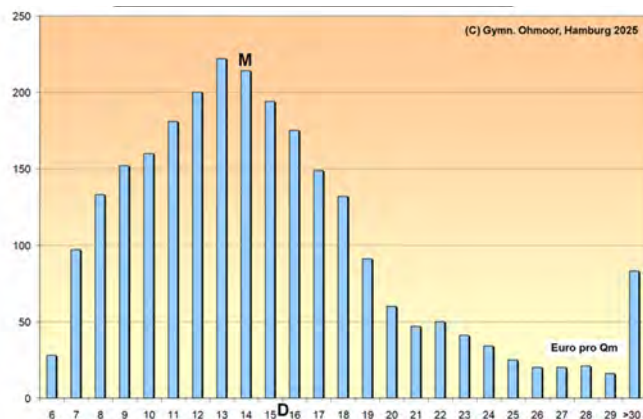
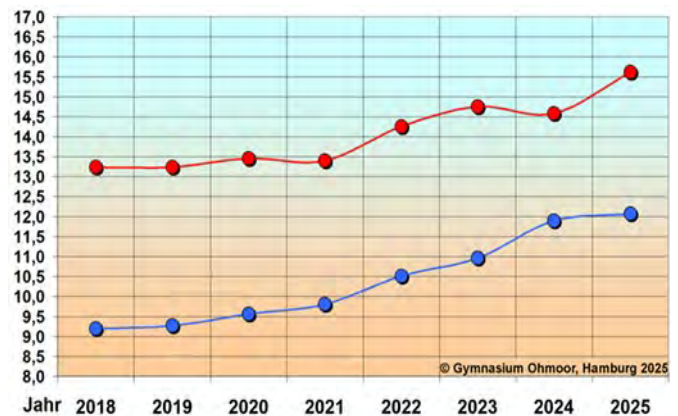
teil mehr, in dem die Angebotsmieten auch nur leicht oberhalb der Mietenspiegel-Werte (und der lag zuletzt, also laut

Mietenspiegel 2023 bei 9,83 Euro/qm) lägen, wie die folgende Grafik veranschaulicht.



Die letztgenannte Aussage wird auch durch eine weitere Grafik (siehe Grafik links oben nächste Seite) untermauert. Das Gros der Vermietungsangebote liegt zwischen 10 und 16 Euro qm/nettokalt, also deutlich über dem mittleren Wert des Mietenspiegels. Neu anzumietende Wohnungen, die darunter liegen, machen im Verhältnis dazu nur noch einen Bruchteil aus, vielleicht gut 400 Wohneinheiten von insgesamt 3.800 berücksichtigten Inseraten.

Und noch eine sich schon in der jüngeren Vergangenheit abzeichnende bedrohliche Entwicklung wird erhärtet. Der Mangel bezahlbarer Wohnungen in Hamburg führt dazu, dass immer mehr Menschen im Umland Ausschau halten, um noch eine günstigere Unterkunft zu ergattern. Doch die Auswirkungen sind fatal, denn nach und nach nähern sich die Mieten inner- und außerhalb Hamburgs an. Und zwar auf einem stetig wachsenden Preisniveau (Grafik rechts oben nächste Seite).

Angebotsverteilung Kaltmiete/qm in Hamburg 2025**Wohnungspreise im Angebot: Hamburg/Umland (in €/qm je Wohnung)**

Die im Geografie-Unterricht sicherlich ausführlich diskutierten Ergebnisse haben die Ohmoor-Schüler*innen in den nachfolgenden sechs Aussagen zusammengefasst:

Bei genauerer Betrachtung ist uns Folgendes aufgefallen:

1. Wir haben für dieses Frühjahr eine durchschnittliche Kaltmiete von 15,62 Euro pro Quadratmeter für Hamburg festgestellt. Das ist nach 14,58 €/m² im Vorjahr ein Plus von 7,1 %.
2. In den sechs Umlandkreisen verlangt der freie Wohnungsmarkt jetzt 12,97 €/m², ein schwächerer Anstieg von 1,5 %.
3. Das Wohnen ist im Umland nach unseren Zahlen kaum noch 20 % günstiger, vor 10 Jahren lag es noch um ein Drittel niedriger.
4. Spitzenreiter bei den Mieten war wieder die HafenCity. Der Mittelwert aus 106 Inseraten ergab 29,19 €/m², das ist ein Plus von 38,9 %.
5. Stadtteile mit nennenswertem Angebot unter 11 €/m² sind Horn, Steilshoop, Wilstorf und Neuenfelde.
6. Einige Stadtteile mit umfangreicher Angebotslage (mehr als 30) machten deutliche Preissprünge noch oben. Dazu zählen Dulsberg, Osdorf, Billstedt, Sasel, Tonndorf und – wie erwähnt – die HafenCity.

Mir liegen die Untersuchungen und Erkenntnisse der Schüler*innen auch deswegen so sehr am Herzen, weil sie jedes Jahr wieder die von Schönfärberei und Realitätsferne getriebenen wohnungspolitischen Losungen des Senats konterkarieren. Nehmen wir nur die eine oder andere Aussage von Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein, die die negative Mietentwicklung beispielsweise im Mai 2023 – und da sah es keineswegs anders aus – mit »Marktstörungen« (Ukraine-Krieg, Lieferengpässe) begründete, die aber »irgendwann wieder vorbei sein« würden. Und zur Ohmoor-Datenerhebung meinte sie damals in Zeit online vom 18.5.2023 fast etwas arrogant: »Die Angebote auf Internetportalen sind nicht repräsentativ für das, was die Mieten in Hamburg kosten. Sie machen nicht mal zehn Prozent aller Mieten aus.«

Nun hat das von ihrer eigenen Behörde in Auftrag gegebene Gutachten die Ohmoor-Analysen auf das Traurigste bestätigt (s. dazu Heike Sudmanns Artikel weiter oben). Sicherheitshalber sei angemerkt, dass die Erhebungsbasis für die von der Senatorin favorisierten CRESS-Daten (in die auch die geförderten, im Normalfall nicht über Immonet oder ähnliche Portale vergebenen Wohneinheiten eingehen) eine andere ist als die der Ohmoor-Schüler*innen, die lediglich die per Immobilienportal ausgeschriebenen Neuvermietungsangebote berücksichtigen. In der Sache ändert das allerdings wenig, denn es fehlen Zehntausende geförderte Sozialwohnungen, sodass die allermeisten Wohnungssuchenden letztlich doch auf die Immoportalangebote angewiesen sind.

»Verantwortung für Deutschland«, so ist der von CDU, CSU und SPD am 9. April vorgestellte und am 5. Mai unterzeichnete Koalitionsvertrag überschrieben. Was ist darin an Maßnahmen in den nächsten vier Jahren vorgesehen, um die Mietenexplosion endlich in den Griff zu bekommen? Hier die entsprechenden Zeilen (S. 24 f.) aus dem immerhin 146-seitigen Dokument (Hervorhebungen von MJ):

»Die **Mietpreisbremse** in angespannten Wohnungsmärkten wird für vier Jahre verlängert. Bis zum 31.12.2026 wird eine **Expertengruppe** mit Mieter- und Vermieterorganisationen die Harmonisierung von mietrechtlichen Vorschriften, eine Reform zur Präzisierung der **Mietwucher-Vorschrift** im Wirtschaftsstrafgesetz und eine **Bußgeldbewehrung** bei Nichteinhaltung der Mietpreisbremse vorbereiten. In angespannten Wohnungsmärkten werden **Indexmieten** bei der Wohnraumvermietung, möblierte und Kurzzeitvermietungen einer erweiterten Regulierung unterworfen. Über eine Änderung der **Modernisierungsumlage** werden wir dafür Sorge tragen, dass zum einen wirtschaftliche Investitionen in die Wohnungsbestände angereizt werden und zum anderen die **Bezahlbarkeit** der Miete künftig besser als jetzt gewährleistet bleiben kann. So lösen wir das **Vermieter-Mieter-Dilemma** auf. Die Wertgrenze bei **Kleinmodernisierungen** wird bis Ende 2025 auf 20.000 Euro angehoben. Die **Nebenkosten** für Mieterinnen und Mieter sollen transparenter und einfacher nachvollziehbar sein.

Damit **Vermieten** wieder attraktiver wird, gilt: Wer günstig vermietet, wird steuerlich belohnt. Eine **nationale Mietenberichterstattung** wird eingeführt. Der **Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit** wird umgesetzt. Um Obdachlosigkeit zu verhindern, soll die **Schonfristzahlung** einmalig eine ordentliche Kündigung abwenden können (**Härtefallregelung**).«

Allzu Konkretes und vor allem Hilfreiches zur Überwindung der Mietenkatastrophe lässt sich diesem Vier-Jahres-Programm nicht entnehmen. Okay, das Mietpreisbremschen soll also verlängert werden. Doch was hat sie in der Vergangenheit überhaupt gebracht? Offenbar nicht mal eine Entschleunigung der Mietenentwicklung in den

deutschen Städten. Keine Spur von einem Mietendeckel; Mietwucher und Indexmieten werden nicht etwa grundsätzlich ausgeschlossen und verfolgt; von einem Umwandlungsverbot kein Wort; und die noch bis vor Kurzem verkündete Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 wird nicht mehr direkt erwähnt, auch wenn das einmal im Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit vorgesehen war. Nein, mit dem, was SPD und CDU/CSU vorhaben, wird die Mietenproblematik nicht bewältigt werden, ganz im Gegenteil.



Wann geht es mit den Demonstrationen gegen den Mietenwahnsinn in Hamburg weiter? (Foto: M. Joho, gesehen in Berlin)

Völkisch, demokratie- und muslimfeindlich

Von Michael Joho

Das sind in etwa die Kernbotschaften in der Einschätzung der AfD durch den Verfassungsschutz (VS). Auf rund 1.100 Seiten hat er nach mehrjähriger Prüfung seine Erkenntnisse zusammengestellt, die in der Summe dazu geführt haben, diese rechtsextremistische Partei seit dem 2. Mai nun auch – sozusagen offiziell – als »gesichert rechtsextremistisch« einzustufen. Keine Überraschung und auch vielleicht nicht die wichtigste Instanz, eine solche Bewertung vorzunehmen, aber auf jeden Fall lohnt es sich, in das immense Material Einsicht zu nehmen. Eine gute Zusammenfassung der wich-

tigsten Aspekte und Informationen über eine Auswahl der insgesamt genannten 350 Personen liefern die investigativen Journalist*innen von »Correctiv«.¹ Dieser längere Beitrag ist auch insofern interessant, als dass er nicht nur Inhalte des Gutachtens wiedergibt, sondern auch über die Arbeitsweise des VS berichtet, und auch darüber, was seltsamerweise nicht darin auftaucht.

¹ Was im AfD-Gutachten steht (und was nicht) unter <https://correctiv.org/aktuelles/debatte-um-afd-verbot/2025/05/15/was-im-afd-gutachten-steht-und-was-nicht/>.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Inhalt

A. Einführung	2
B. Methodik	24
I. Art der aufgeführten Belege	24
II. Zeitraum der aufgeführten Belege	26
III. Formale Hinweise zu aufgeführten Belegen	27
C. Rechtliche Vorgaben	29
1. Maßstab für die Einstufung von Beobachtungsobjekten	29
1. Parteien als Beobachtungsobjekt	29
2. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung	31
a. Freiheitliche demokratische Grundordnung als Schutzgut	31
aa. Menschenwürde	34
bb. Demokratieprinzip	38
cc. Rechtsstaatsprinzip	40
dd. Positionierung zum Nationalsozialismus	41
b. Feindliche Ausrichtung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung	43
3. Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen	46
a. Meinungsäußerungen und sonstige Verhaltensweisen als tatsächliche Anhaltspunkte	46
b. Verfassungsfeindliche Gruppierungen innerhalb eines inhomogenen Personenzusammenschlusses als tatsächliche Anhaltspunkte	50
c. Verbindungen zu anderen als verfassungsfeindlich eingestuft Organisationen	51
4. Unterscheidung zwischen Verdachtsfall und gesichert extremistischer Bestrebung aufgrund des Verdichtungsgrads	52
5. Einstufungen im BfV und den Landesämtern	62
II. Rechtsfolgen	63
III. Voraussetzungen der Öffentlichkeitsunterrichtung	64

1

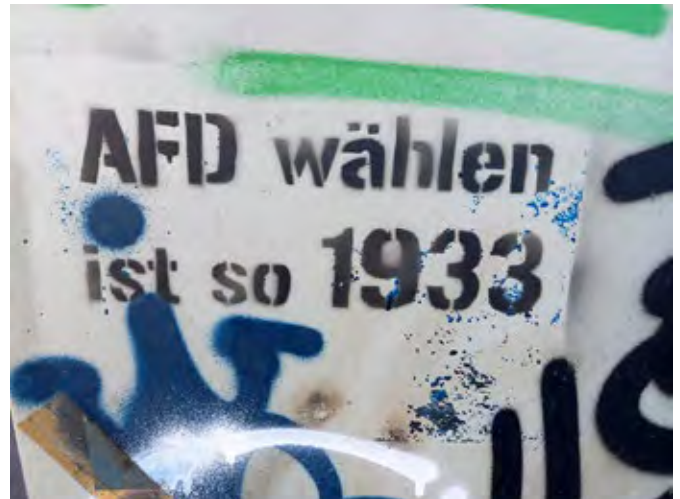
Keine Weitergabe außerhalb des VS-Verbandes ohne Zustimmung des BfV

Alleine das Inhaltsverzeichnis macht neun Seiten aus und lässt eine/n schnell finden, wonach Ausschau gehalten wird.

Ins Netz gestellt wurde das schwergewichtige Dokument übrigens von der Zeitschrift »Cicero«. Allerdings ist es uns bisher nicht gelungen, den *gesamten* Text ausfindig zu machen. Immerhin, die erste Hälfte, die ersten 508 Seiten sind dingfest gemacht worden: https://assets.cicero.de/2025-05/Geheimgutachten_Teil%20A.pdf.

Nun stellt sich vor allem die Frage, wie Staat, Gesellschaft und Politik mit der Bewertung der AfD umgehen. SPD und CDU tun sich offenbar schwer mit einem angemessenen Umgang, GRÜNE und LINKE sprechen sich klar für ein Verbotverfahren aus. In Hamburg hat Deniz Celik, der Sprecher der Linksfraktion für Innenpolitik und Antifaschismus, deutlich Flagge gezeigt: »Die längst überfällige Entscheidung des Verfassungsschutzes, die AfD als rechtsextremistisch einzustufen, bestätigt, was Antifaschist*innen seit Jahren sagen: Die AfD ist ein Sammelbecken für Rassist*innen und Faschist*innen. Ein Verbot der AfD ist überfällig – aber es darf nicht davon ablenken, dass es die regierenden Parteien der vergangenen Jahre waren, die den Rechtsruck mit vorantrieben

haben durch die faktische Abschaffung des Asylrechts sowie durch massive soziale Kürzungen. Um die AfD nachhaltig zu bekämpfen, brauchen wir eine grundsätzlich andere Politik für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen soziale Spaltung.« Mehr Infos und Termine, Aufruf und Material zur bundesweiten Kampagne »AfD-Verbot jetzt« gibt es im Netz unter <https://afd-verbot.jetzt/de>.

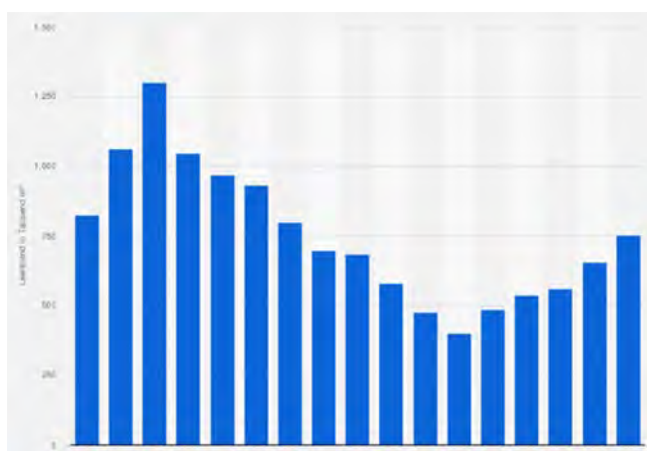


Widerstand gegen die AfD ist überall – Graffiti, jüngst gesehen in Bonn (Foto: M. Joho)



An der Bündnisdemo »AfD Verbot jetzt« am 11. Mai in Hamburg nahmen laut Abendblatt-Angaben vom 11.5.2025 rund 1.800 Menschen teil.

Bank« »trübt das auch die Aussichten für den Weiterbau des Elbtowers«, konstatiert der **NDR**. »Statista« **berechnet** für Ende letzten Jahres sogar einen Leerstand von **753.000 qm**. Nach einem Tiefpunkt 2019 wächst der Leerstand wieder alljährlich um einige zigtausend Quadratmeter an, wie die Statista-Grafik für den Zeitraum 2008 bis 2024 veranschaulicht. Wie wäre es mit einer Wiederauflage der Debatte um eine Umnutzung von Büroleerstand in Wohnraum? Und damit, schlicht mehr Kapazitäten statt in den Neubau von günstigen Wohnungen als den von überflüssigem Büroraum zu stecken? Das »ifo-institut« prognostiziert laut **taz** vom **16.5.2025**, dass die Nachfrage nach Bürofläche bis 2030 um voraussichtlich 12 Prozent nachlassen werde.



Interessante Daten zu den hamburgischen Wohnverhältnissen seit 1945 hat das Statistikamt Nord in seiner Reihe »Statistik informiert« Nr. 77/2025 vom 8. Mai zusammengestellt. »Rechnerisch teilten sich bei Kriegsende 5,2 Menschen eine Wohnung. Bis Ende 2023 sank der Wert durchschnittlich auf **1,9 Menschen pro Wohnung**. Aktuell lebt in rund jeder zweiten Wohnung nur eine Person.« Gab es in Hamburg 1939 noch 552.500 Wohneinheiten, sank diese Zahl kriegsbedingt bis 1945 auf 267.500; heute liegt die Zahl bei rund 998.400. Die durchschnittliche **Wohnraumfläche pro Person** liegt gegenwärtig bei etwa **38,8 Quadratmeter**.

Wenn schon die Bundes- und auch die Landesregierung das selbst gesteckte Ziel der Abschaffung von **Wohnungs- und Obdachlosigkeit** bis 2030 arg vernachlässigen, ist es um so wichtiger, mit den richtigen Fakten und Argumenten dagegen vorzugehen. Und wer könnte die besser liefern, als **Stephan Nagel**, der langjährig für das Thema in der Diakonie zuständige Referent?! Seit seinem Eintritt in das Rentnerdasein ist er keines-

wegs abgetaucht, ganz im Gegenteil, jetzt erfreut er die Kundigen und Interessierten mit dem Hinweis, dass er seine Arbeiten zum Komplex Wohnungslosigkeit und Wohnungsnotfallhilfen auf einer **eigenen Website** ab dem 30. April freigeschaltet und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Schauste hier: <https://stephan-nagel.de/materialien-und-studien-zu-hamburg/>.

Gleich zwei erfreuliche Erfolgsmeldungen konnte der **Denkmalverein Hamburg e.V.** Ende April vermelden. Zum einen hat er dank seiner aktiven Arbeit die magische Grenze von **1.000 Mitgliedern** überschritten. Zum anderen kommt seine gewachsene Bedeutung vor allem auch darin zum Ausdruck, dass er nunmehr ein **Verbandsklagerecht** innehat, wie z.B. der BUND, der NABU und einige andere Organisationen der Zivilgesellschaft. Dieses Klagerecht ermöglicht bzw. vereinfacht dem Denkmalverein, in Zukunft behördliche Entscheidungen gerichtlich überprüfen zu lassen, die nicht in Einklang mit dem Denkmalschutzgesetz sind. Damit kann der Druck nicht zuletzt auf die Stadt erhöht werden, erhaltungswürdige oder gar denkmalgeschützte Gebäude aus ihrem eigenen Bestand nicht achtlos zu behandeln und mal eben wie die Cityhochhäuser abreißen zu lassen. Wir sagen Kristina Sassenscheidt und Lennart Hellberg herzlichen Glückwunsch zu diesen Erfolgen.

Hoffnung auf mehr Zeit zum Leben – Chancen der 4-Tage-Woche, so lautet der Titel einer Veranstaltung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der Nordkirche (KDA) am **Mittwoch, den 22. Mai**, von 17.00 bis 19.30 Uhr in der GLS-Bank (Düsternstraße 10 V.). Zunehmend mehr Arbeitnehmer*innen wünschen sich eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit. Mit gut 80 Prozent der Beschäftigten in Vollzeit dominiert hierbei der Wunsch nach einer 4-Tage-Woche, so die Ergebnisse einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Haben tariflich Beschäftigte die Möglichkeit, wählen fast 60 Prozent »mehr Zeit« statt mehr Geld. Als Gründe hierfür stehen im Vordergrund, mehr Zeit für sich, aber auch für die Familie haben zu wollen und letztlich, die Arbeitsbelastung für sich zu verringern.

Nach größeren nationalen Studien, z.B. in Großbritannien und Spanien, ist im Februar 2024 nun auch eine Studie in Deutschland angelaufen, deren Ergebnisse inzwischen auf dem Tisch liegen. In der Veranstaltung soll ein Blick auf die Ergebnisse geworfen werden. Stephan Krull, ehemaliger Betriebsrat bei VW und Mitbegründer und aktiv in der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe ArbeitFairTeilen steht als Referent zur Verfügung.



Von der Homepage des ADFC Hamburg

Schon im Februar hatte der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) Hamburg eine neue **Projektgruppe für »Schulwege, Kinder- und Jugendmobilität«** ins Leben gerufen. Nun hat der ADFC eine Pressemitteilung herausgegeben, in der er sich im Anschluss an eine gemeinsam mit den Parents for Future (P4F) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) durchgeführte Demonstration kritisch mit den unzureichenden verkehrspolitischen Maßnahmen im rot-grünen Koalitionsvertrag auseinandersetzt. Gefordert wird ein flächendeckender Rückbau von Kfz-Parkständen, »um bessere Sichtachsen zu schaffen und kindgerechte Straßenquerungen zu ermöglichen«, die erhebliche Ausweitung der Tempo-30-Zonen, in Bälde die Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit und der Erlass von sogenannten Schulstraßen, die zeitweilig oder dauerhaft für den Autoverkehr gesperrt sind.



Die beiden Masterstudentinnen vor ihrem Modell
(Foto von der Homepage der knallt-am-dollsten-Initiative)

Im letzten »Bürger*innenbrief« hatten wir die Veranstaltung am 29. April angekündigt, jetzt ist sie bereits Geschichte – und wird doch vielen in Erinnerung bleiben und die Diskussion weiterhin befruchten. Die beiden **Masterstudentinnen Julia Makowka und Sophie Lin** haben am betreffenden Abend im B*Treff Altona-Nord ihren **Alternativentwurf für ein zukünftiges Holstenquartier** vorgestellt. »Die Präsentation ihrer Masterthesis »Ein Quartier für alle« und die enthusiastische Reaktion der mehr als hundert teilnehmenden Menschen aus dem Stadtteil haben gezeigt, dass sie mit ihrer engagierten Arbeit einen Nerv getroffen haben«, so der Kommentar der veranstaltenden knallt-am-dollsten-Initiative. »Eine andere Stadtentwicklung ist möglich, wenn der Mut und Gestaltungswille, neue Wege zu gehen, vorhanden sind.«

Am **Dienstag, den 3. Juni**, feiert die Patriotische Gesellschaft in ihren Räumen an der Trostbrücke 6 das **260-jährige Bestehen**. An diesem Abend wird sich Hamburgs Prominenz die Klinke in die Hand geben, um der altherwürdigen Bedeutung dieser bürgerlich-liberalen Institution eine Aufwartung zu machen. Versprochen wird ein abwechslungsreiches Programm mit Hausführungen, Arbeitskreisvorstellungen und Projektdarbietungen. Eine Anmeldung ist angesichts des zu erwartenden Ansturms unumgänglich.

Die Patriotische Gesellschaft traut sich was und wirft auf einer Veranstaltung am Donnerstag, den 5. Juni, diese Frage auf: **Muss Deutschland »kriegstüchtig« werden**

und wenn ja: Wie? Ob das wirklich ernst gemeint ist oder ob hier doch nur eine rhetorische Frage gestellt wird, wissen wir nicht, interessant und kontrovers dürfte es aber allemal werden. Wer mag, schaut anmelde- und informationsmäßig besser noch mal ins Netz. Los geht es an diesem 5. Juni jedenfalls um 19.00 Uhr im eher etwas kleineren Säulenkeller der Patrioten (Trostbrücke 4).

Zu einem **Kritischen Stadtteilspaziergang** lädt die Initiative **Barmbek enteignet** am **Sonntag, den 25. Mai**, ein. »Gentrifizierung, Leerstand und überhöhte Mieten prägen unser Viertel immer stärker«, heißt es in der Ankündigung. Und nun wollen sich die Aktiven mal anschauen, »was in unserem Viertel schief läuft«. Gestartet wird um 12.00 Uhr auf dem Bert-Kaempfert-Platz, das Ende wird gegen 14.00 Uhr am Rübenkamp 29 anvisiert. Nicht zufällig, denn dort erwartet die Teilnehmer*innen in der »Viertelküche« der »Stadtteilgewerkschaft Barmbek solidarisch« ein leckeres und günstiges Mittagessen.



40 Jahre alt geworden ist dieser Tage Hamburgs wichtigster alternativer Bauträger: **STATTBAU Hamburg**. Wir sagen ganz herzlichen Glückwunsch für diese Zeit, für vier Jahrzehnte alternative Baubetreuung, kritische Einwürfe und kompetenter Politikberatung. Mitte Mai wurde in den Räumen in der Sternstraße 106 bereits eine Ausstellung eröffnet, die den Weg dieser Institution, die vielfältigen Themen und gemeinwohlorientierten Projekte nachvollziehbar und anschaulich macht. Wegen der überschaubaren Platzkapazitäten wird bei einem Besuch allerdings um Anmeldung unter Tel. 040 / 432 942 0 oder per E-Mail an jubilaeum@stattbau-hamburg.de gebeten.



STATTBAU HAMBURG

Keine Sorge, die Ausstellung läuft noch bis Ende des Jahres. Und bis dahin gibt es eine Reihe weiterer Jubiläumsveranstaltungen, und zwar zu diesen Punkten: Enteignung und Selbstverwaltung (12.6.), Wohnvielfalt im Alter (19.6.), Rundgang »Wohnprojekte« (10.7.), Genossenschaft oder Miethäusersyndikat (17.7.), Spaziergang »Die Hamburger Wohnstifte« (9.9.), Eine soziale Wohnraum-Agentur für Hamburg (11.9.), Zukunft der Mitwirkung in Pflegeeinrichtungen? (7.10.). Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).



Foto aus der STATTBAU-Ausstellung (von der Jubiläums-Homepage)

Überbordende Werbung bleibt auf dem Kieker!

Wir haben in den letzten zwei, drei Jahren wiederholt über das von der LINKEN unterstützte Anliegen der Volksinitiative »Hamburg werbefrei« berichtet. Leider ist im zweiten Schritt, beim Volksbegehren, die nötige Anzahl der

Unterschriften nicht zustande gekommen. Wir nehmen hier daher die Erklärungen der Werbefrei-Initiative sowie das Statement von Marco Hosemann, dem neuen stadtentwicklungspolitischen Sprecher der Linksfraktion, auf.

Quorum nicht erreicht – doch »Hamburg Werbefrei« will weiterkämpfen

Pressemitteilung der Initiative vom 14. Mai

Nach drei Wochen ist die Sammelfrist für das Volksbegehren »Hamburg Werbefrei« zu Ende gegangen. Dabei sind insgesamt 50.796 Unterschriften zusammengekommen. Das erforderliche Quorum von 5 Prozent der Wahlberechtigten wurde damit nicht erreicht. Am Mittwoch übergaben die Vertrauensleute der Initiative die Ordner mit den Unterschriften dem Landeswahlleiter. Auch wenn es nun wohl nicht zu dem gewünschten Volksentscheid über das von der Initiative vorgelegte Werberegulierungsgesetz kommen wird, zeigten sich die Initiator*innen nicht unzufrieden mit der Kampagne. Hoffnung haben sie außerdem noch in eine Klage vor dem Hamburger Verfassungsgericht.

Dr. Nils Erik Flick, Vertrauensperson von »Hamburg Werbefrei«: »Die vielen tausend Gespräche, die wir in den letzten Wochen überall in der Stadt geführt haben, haben gezeigt, dass wir einen Nerv getroffen haben. Auch wenn es am Ende nicht gereicht hat: Die Bedürfnisse dieser vielen Menschen dürfen die Regierenden nicht einfach ignorieren. Wir bedanken uns bei allen Hamburger*innen, die in den vergangenen drei Wochen bei uns unterschrieben haben. Sie haben trotz allem ein wichtiges Zeichen gesetzt.«

Antonia Petschat, Vertrauensperson von »Hamburg Werbefrei«: »Bei aller Enttäuschung, dass es nicht geklappt hat: Durch das Volksbegehren sind unsere Argumente so präsent geworden wie noch nie – auch über Hamburg hinaus. Die Arbeit unserer vielen freiwilligen Helfer*innen mit Klemmbrettern und Kugelschreibern war deshalb nicht umsonst. Vielleicht haben wir ja etwas in Bewegung bringen können, das uns über Umwege am Ende doch noch ans Ziel führt.«

Martin Weise, Vertrauensperson von »Hamburg Werbefrei«: »Angesichts der uns zur Verfügung stehenden Mittel können wir durchaus stolz auf unsere Kampagne sein. Wir hatten ein Budget von gerade mal 34.000 Euro und haben alle Arbeit ehrenamtlich geleistet – die beiden erfolgreichen Volksbegehren des letzten Jahres hatten unseres Wissens viel mehr Geld zur Verfügung. Zudem hatten wir millionenschwere, bestens vernetzte Werbekonzerne und ihre Lobby gegen uns. Berücksichtigt man dieses Ungleichgewicht, haben wir ziemlich viel auf die Beine gestellt.«

Fadi El-Ghazi, Anwalt von »Hamburg Werbefrei«: »Das Volksbegehren wird ein juristisches Nachspiel haben. Nach Feststellung des amtlichen Ergebnisses werden wir beim Hamburgischen Verfassungsgericht einen Antrag zur Überprüfung des Volksbegehrens durch den Senat, insbesondere zur Frage der angemessenen Information der Bevölkerung, des Verstoßes gegen das Sachlichkeitsgebot durch den Finanzsenator und der Zulässigkeit der Gegenkampagne des Fachverbandes Außenwerbung auf den Werbeanlagen auf Staatsgrund einreichen. Sollte das Verfassungsgericht der Argumentation der Volksinitiative folgen, könnte es das Zustandekommen des Volksbegehrens feststellen und die Hamburger*innen bekämen die Möglichkeit, über den Gesetzentwurf abzustimmen.«



Und dabei bleibt's! (Foto: M. Joho)

»Hamburg werbefrei gescheitert« – nur für die Konzerne ein Grund zum Feiern

Pressemitteilung der Linksfraktion vom 14. Mai

Die dreiwöchige Sammelfrist für die Volksinitiative »Hamburg Werbefrei« ist am heutigen Mittwoch abgelaufen. Wie es aussieht, konnte die Initiative die für einen Erfolg notwendigen etwa 66.000 Unterschriften nicht erreichen.

Marco Hosemann: »Es war ein Kampf David gegen Goliath, doch leider hat Goliath gewonnen. Gegen die geballte Lobby- und Meinungsmacht der Werbekonzerne konnte sich die kleine, ehrenamtlich getragene Volksinitiative nicht durchsetzen. Das ist schade, denn ein Erfolg von »Hamburg Werbefrei« wäre ein wichtiges Zeichen gewesen für mehr Klimaschutz, Verkehrssicherheit, Naturschutz und eine lebenswerte Stadt. Hamburg ist zu schön, um seine Gestaltung den Meistbietenden zu überlassen.

In den Agenturen und bei den Konzernen werden jetzt wahrscheinlich die Champagnerkorken knallen. Das ist verständlich, denn sie werden mit der Vermarktung unserer Aufmerksamkeit weiterhin das große Geld machen dürfen. Alle

anderen aber sei trotz des formellen Misserfolgs des Volksbegehrens Nachdenklichkeit empfohlen. Dass der Fachverband Außenwerbung mit seiner Gegenkampagne sein Meinungsmonopol auf den Straßen so schamlos ausgenutzt hat, ist eine Kampfansage an die Direkte Demokratie. Dass ein nennenswerter Teil der Bevölkerung Hamburg nicht als Dauerwerbesehung will, sollte SPD und Grüne bei der Neuverhandlung der Werbeverträge nicht ignorieren.

Gerade weil die Gegenseite mit so mächtigen und zum Teil unlauteren Mitteln gekämpft hat, kann »Hamburg Werbefrei« stolz auf das Erreichte sein. Mit einer kleinen, ehrenamtlichen Initiative und praktisch ohne Budget so viele Unterschriften zu sammeln, ist aller Ehren wert. Die Kampagne hat viele Menschen auf die Probleme und Gefahren aufmerksam gemacht, die von der ungebremsen Ausbreitung digitaler Werbeanlagen ausgehen. Deshalb ein großes Dankeschön an alle, die unterschrieben haben!«

Nachruf auf Peggy Parnass

Auch wenn wir bereits einige Zeilen zum Tod von Peggy Parnass (11.10.1927 bis 12.3.2025) im vorletzten »Bürger*innenbrief« notiert hatten, waren wir doch sehr angetan vom Angebot, einen umfangreicheren Aufruf auf die Überlebende und streitbare Antifaschistin »abdrucken« zu können. Hier ist er, und wir sagen herzlichen Dank an Gaston Kirsche. Wer im Übrigen sein umfangreicheres Interview mit Peggy aus dem Januar 2020 nachlesen möchte, wird [hier](#) fündig.

Eine kleine radikale Minderheit ist gegangen

Von Gaston Kirsche

Bei ihr waren zuletzt Angehörige und Freund*innen, als sie in einem Pflegeheim in ihrem Stadtteil St. Georg in der Mitte Hamburgs starb. 97 Jahre wurde sie alt, die Überlebende.

Nie wieder wird sie anrufen, fragen, wie es geht. Bis vor wenigen Jahren lebte sie noch wie seit Anfang der Siebzigerjahre in ihrer Wohnung in der Langen Reihe, dieser belebten Straße nahe des Hamburger Hauptbahnhofes. Zwei Stockwerke über ihr hat lange Monica Bleibtreu gelebt, mit ihrem Sohn Moritz. Das Hamburger Schauspielhaus ist gleich um die Ecke. Markant die grün gestrichenen Wände in der Altbauwohnung, und das Bett im Wohnzimmer. Überall Bücher, Folianten, Zeitungen. Und die Wände voller Fotos, Peter Weiß neben Ulrike Meinhof und Udo Lindenberg, ihr Bruder Gady und seine Frau im Kibbuz, ihr Sohn Kim.

Bis zu einem Sturz 2019 lebte sie allein in der Wohnung, aber nicht einsam. Die auch durch ihre Kolumnen und in der



Peggys Eltern Simon Parnass und Hertha Parnass, geb. Emanuel; beide wurden wegen ihrer jüdischen Herkunft 1942 im KZ Treblinka ermordet. (Foto aus Peggy Privataarchiv, übermittelt von Gaston Kirsche)

Zeitschrift »Konkret« erschienenen Gerichtsreportagen bundesweit bekannt gewordene Autorin und Schauspielerin verstand es, sich Gesellschaft und Unterstützung zu holen. Noch im März 2018, als ich mehrmals bei ihr in der Wohnung war für ein langes, sehr offenes Interview für die »Jungle World«, lud sie mich zum Abendbrot ein. Da im Kühlschrank ist doch noch Käse, den habe ich mir gerade vom Wochenmarkt besorgen lassen. Schneidest du das Brot? Sie war herzlich, aber auch bestimmt. Vielleicht auch, weil sie mich schon als kleines Kind kannte. Aber dieses Verständnis, es sehr klar zu haben, wie Dinge zu laufen haben, empathisch zu sein, aber auch etwas einfordern zu können, hat ihr sicher auch sonst geholfen. Ganz praktisch denkend, bat sie mich, ihr bei den Besuchen Zeitungen aus dem Kiosk gegenüber ihrer Wohnung mitzubringen. Und sie nahm gerne meinen Arm, um sich zu stützen – und um in Kontakt zu sein. Nie werde ich vergessen, wie es einmal aus ihr herausbrach: »Was, du kennst keine Widerstandskämpfer*innen persönlich? Ich hätte ohne Freundschaften mit Widerstandskämpfer*innen hier in Deutschland nicht leben können«. Eine große Rolle spielten ihre Tante Flora Neumann und ihr Onkel Rudi, die in Hamburg lebten. Beide waren während der NS-Diktatur im kommunistischen Widerstand aktiv, Überlebende von Gestapo-Verhören und Haft im KZ.



Peggys Mama (aus ihrem Privataarchiv)

Dass sie wieder in Hamburg lebte, der Stadt, aus der sie mit ihrem Bruder dank ihrer Mutter vor der Verfolgung durch die Nazis entkommen konnte, war nicht geplant. Eigentlich war sie nur auf der Durchreise, war auf Besuch bei ihrer Cousine, die in Hamburg überlebt hatte: »Sie hatte einen nichtjüdischen Vater, dadurch war sie nicht umgebracht worden«, erzählte mir Peggy.

Peggy und ihr sieben Jahre jüngerer Bruder haben die Nazidiktatur nur überlebt, weil ihre Mutter sie 1939 in den letzten Zug gesetzt hat, mit dem ein Kindertransport ins von den Nazis nicht besetzte Schweden ging. Da war sie elf Jahre alt, ihr Bruder Gady erst vier Jahre. Peggy Parnass lebte seit den frühen 70er-Jahren in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofes. Dabei konnte sie Züge und besonders diesen Bahnhof, wo sie sich für immer von ihrer Mutter trennen musste, wegen dieser grausamen Trennung nicht ausstehen. Es war die letzte Chance für die Kinder, rauszukommen aus Deutschland. Peggys Eltern Simon Pudl und Hertha Parnass wurden 1942 im Vernichtungslager Treblinka von deutschen Nationalsozialisten ermordet.

»Meine Eltern waren wunderbar. Mein Vater Pole, meine Mutter halb Portugiesin. Durch die Umstände ist mein Bruder, mein kleiner Bruder Gady, Engländer geworden, ich bin Schwedin geworden. Wir könnten also ständig die Internationale singen in der Familie. Mein Sohn ist Schwede. Mit ihm spreche ich Schwedisch, mit meinem Bruder Englisch. Meine Eltern gibt es nicht mehr«, so Peggy Parnass in einer Tonbandaufnahme, in der sie über ihre Kindheit berichtet, und die sie aufnahm anlässlich der Verlegung von Stolpersteinen für ihre ermordeten Eltern vor der Wohnung der in der Methfesselstraße in Hamburg-Eimsbüttel 2014, wo sie als Familie gelebt hatten. Eine Abschrift davon ist abgedruckt in der Ausgabe 02/2025 der Mitgliederzeitschrift »Publik« ihrer Gewerkschaft ver.di, in der sie bis zum Tod Mitglied war. Kaum hatte ich 2018 das lange, intensive Interview mit ihr transkribiert, fragte sie: Was sagt die Redaktion, wieviel Zeichen Platz bekommst du? Und erklärte: Los, komm, wir kürzen es zusammen. Sie war so durch und durch Autorin, wie sie früher Schauspielerin gewesen ist. Mit vollem Einsatz. Als sie nicht mehr auf der Schreibmaschine tippen konnte, diktierte sie Freund*innen ihre Texte.

Dass sie ihre Trauer, ihren Schmerz über die Ermordung fast der gesamten Verwandtschaft durch die Deutschen als Antrieb genommen hat, um öffentlich gegen alte und neue Nazis aufzutreten und gegen die Normalisierung der deutschen Geschichte, des Unrechts und der Verbrechen anzuschreiben, hat ihre Kompromisslosigkeit, ihre analytische Schärfe gestärkt. Ihre Prozessberichte, die sie in den 70er- und 80er-Jahren für die »Konkret« schrieb, bekommen durch die Benennung ihrer eigenen Geschichte als Überlebender der Shoah und ihre Empathie für Erniedrigte und Ausgebeutete eine Wucht, die bis heute wirkt. Nachzulesen sind ihre Prozessberichte und autobiografische Texte in drei noch erhältlichen Büchern, die im *Konkret Literatur Verlag* erschienen sind: *Süchtig nach Leben*, *Unter die Haut*, *Mut und Leidenschaft*.

Ein viertes Buch, bereits 1985 ebenfalls im *Konkret Literatur Verlag* erschienen, ist leider nur noch antiquarisch erhältlich: »Kleine radikale Minderheit«. Der Titel trifft das Selbstverständnis gut, mit dem Peggy Parnass sich gesellschaftlich verortet und agiert hat: Ohne Zugeständnisse an vermeintliche, ob nun nur dominant erscheinende oder reale Mehrheitsmeinungen, von einem radikalen, linken Humanismus aus argumentierend. Ihr Blick auf Deutschland war schonungslos – warum sollte sie das Land der Shoah beschönigen, das sie schon in ihrer Kindheit als Jüdin unterdrückt und ausgegrenzt hatte, das ihr die Eltern, die Familie gewaltsam genommen hat. Wenn Peggy auf Demonstrationen als Rednerin auftrat, was sie engagiert und häufig tat, dann konnten sich Geflüchtete, Ausgegrenzte, Ausgebeutete ihrer Solidarität gewiss sein. Gerade auch Schwule und Lesben, die anders als in der DDR in der BRD noch bis 1969 mit dem § 175 StGB kriminalisiert wurden, der in der Bundesrepublik in der Nazi-Fassung bis 1969 unverändert in Kraft blieb und erst 1994 komplett gestrichen wurde. Peggy forderte ein Ende der Kriminalisierung, die Schwulenbewegung war ihr dafür dankbar.

Als Anfang der Achtzigerjahre von patriotischen Frauen eine Debatte gefahren wurde unter dem Motto »Für Gleichberechtigung – Frauen in die Bundeswehr«, hielt Peggy Parnass dagegen. Die Demilitarisierung Deutschlands, als Lehre aus der NS-Herrschaft und zwei von Deutschland begonnenen Weltkriegen, wurde von ihr unbeirrt propagiert – trotz der massiven, pseudoprogressiven Propaganda für die Nachfolgerin der Wehrmacht. Sie, die zierliche, kleine Frau, ließ sich in Talkshows darin auch nicht von einer zahlenmäßigen Übermacht an Uniformierten irritieren. Sie wusste als gestandene Nazigeegnerin, wozu deutsches Militär, deutsche Eliten, deutsche Volksgemeinschaft in der Lage gewesen war. Dafür sollte es nie wieder die Gelegenheit geben.



Demo »Frauen in der Bundeswehr« WIR SAGEN NEIN«, 1982 (aus Peggys Privatarchiv)

Auch als durch die Bundesrepublik 2007 ein Aufschrei der Empörung ging, weil Christian Klar, Mitglied der Rote Armee Fraktion, RAF, und vielleicht auch einer der Mörder des von der RAF entführten Hanns Martin Schleyer, nach 24 Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen werden sollte, rückte Peggy den Maßstab zurecht: »Jetzt geht es um Christian Klar.



Auf dem nach der Familie Parnass am 28. Oktober 2023 eingeweihten Platz in Eimsbüttel (Foto: Tita do Rêgo Silva)

Bei dem man sich ernsthaft fragt, warum er schon nach 24 Jahren raus will? Nach nur 24 Jahren! Nach allem, was er getan hat. Gefährlich, wie er ist«, schrieb sie im »Stern«: »Es wird ja immer gesagt, dass die traurige Schleyer-Witwe nicht mal erfahren hat, und auch der Sohn ist darüber unglücklich, dass niemand weiß, wer denn nun genau der Mörder ist«. Und weiter: »Ja, die beklagenswerte, greise Witwe von Hanns Martin Schleyer! Die unglückliche Frau. Die Arme. Meine Mutter war keine zu bedauernde, greise Witwe. Konnte sie auch nie werden. Denn sie wurde zusammen mit Pudl, ihrem Mann, meinem Vater, vergast. So wie fast 100 andere enge Verwandte von uns. Also die Großeltern, Tanten, Onkel, Vettern, Cousinsen – alle weg ... Frau Schleyer hatte sicher sehr gute Jahre mit ihrem Mann, für sie gute Jahre. In Lidice, in Böhmen, da führte das junge Paar ein Herrschaftsleben. Er, an führender Stelle als SS-Mann, nicht irgendein SS-Mann, er bekleidete einen Offiziersrang. Er war ein überzeugter und begeisterter Nazi, von Anfang an. Schon als 16-Jähriger. Und blieb dabei.«

Peggy Parnass nahm die Gelegenheit wahr und verglich die Diskussion um Christian Klar mit der Rechtsprechung gegen NS-Massenmörder, zum Beispiel: »Arnold Strippel, SS-Obersturmführer. Er machte Karriere in einigen Konzentrationslagern: auch in Buchenwald und Neuengamme. 1949 wurde er wegen Mordes an 21 Häftlingen zu 21-mal lebens-



Übergabe des St. Georger Stadtteilkulturpreises »Der goldene Drache« an Peggy 2012 (Foto: Matthias Thurm)

länglich verurteilt, doch der nächste Richter hatte Gnade mit dem Mann und begrenzte seinen Gefängnisarrest. Dafür bekam er eine Haftentschädigung in Höhe von 121.300 D-Mark. Etwa 100.000 D-Mark mehr als überlebende KZ-Häftlinge. Er wurde in Düsseldorf letztlich zu 3,5 Jahren verurteilt. Die geringe Bestrafung von NS-Verbrechern – sie war für sie ein Skandal. Aber in Deutschland leider normal.



Die Freundinnen Tita do Rêgo Silva und Peggy auf dem Fest der St. Georger Stadtteilkultur am 28. Januar 2024 im Museum für Kunst und Gewerbe (Foto: M. Joho)

Ungefähr zu dieser Zeit traf ich Peggy bei einer Filmvorführung in Hamburgs Kommunalen Kino Metropolis. Dass sich zu dieser Zeit aufgrund eines Umbaus zufällig an einem Ausweichort in »ihrem« Stadtteil St. Georg befand. Aber sie wäre auch sonst da gewesen, wie so oft auf politischen, kulturellen Veranstaltungen. Zu sehen gab es Filme aus der linken Opposition aus den Sechzigerjahren – etwa Wahlwerbespots für die Deutsche Friedens Union, DFU, oder die Aktion Demokratischer Fortschritt, ADF. Beides waren Tarnkandidaturen der 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands, der KPD. Und wer traf sich hier im Foyer? »Das ist hier wie ein Klassentreffen der Hamburger Kulturleute aus der verbotenen KPD, nur dass Ulrike Meinhof und Christian Geissler fehlen«, sagte mein Vater leise zu mir. Und mittendrin Peggy Parnass, gut gelaunt am Feiern.

L'Chaim, auf das Leben!

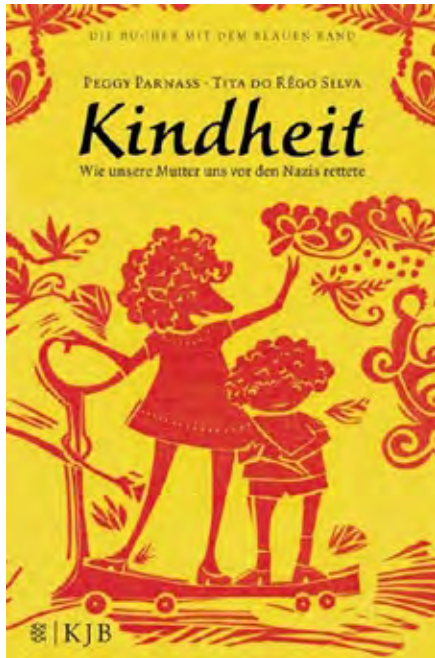


Peggy mit der roten Fahne (aus ihrem Privatarchiv)

Kulturtipp

Eine Jahrhundertgeschichte

Von Michael Joho



Bei Tita do Rêgo Silva zum Preis von 20 Euro zu bestaunen & zu kaufen.

Der Nachruf von Gaston Kirsche hat mich animiert, noch einmal über meine Jahrzehnte währende Nachbarschaft mit Peggy Parnass nachzudenken, ihre Veröffentlichungen und auch einige Bilder herauszusuchen. Doch ich will mich an dieser Stelle nicht über ihre beeindruckende und vereinnahmende, auch nicht immer unanstrengende Art auslassen, schon gar nicht über sie als eine der herausragendsten Persönlichkeiten unserer Stadt, sondern den Kulturtipp dieses Mal als Leseempfehlung umsetzen.

Da ist zum einen das 2012 erschienene, vergriffene und 2014 bei S. Fischer neu aufgelegte 80-seitige Buch »Kindheit«, in der Peggy in anrührenden Worten erzählt, »Wie unsere Mutter uns vor den Nazis rettete«. Es ist gar kein langer Text, aber jede Zeile ist authentisch und springt einen an. Es geht um ihre frühen Jahre unter den Nazis und die Familie in Hamburg, um ihren vierjährigen Bruder, mit dem sie 1939 mit einem Kindertransport nach Stockholm verschickt wurde. Wo sie überlebte, anders als ihre Eltern und weitere Angehörige, die in den Massenvernichtungslagern

der Deutschen ermordet wurden. Das Buch, das Bächlein, ist geradezu kongenial illustriert mit Farbholzschnitten von Tita do Rêgo Silva, die es zu einem der »schönsten Bücher« 2013 der Stiftung Buchkunst werden ließ. Tita und ihre Holzschnittdrucke ebenso wie das Buch sind in ihrem Atelier im Haus für Kunst und Handwerk in der Koppel 66 zu bewundern – und zu erwerben. Ich habe mir übrigens vorgenommen, Peggys Geschichte an einem der Abende auf meinem Kinderbuch-Bildungsurlaubsseminar im August vorzulesen. In memoriam.



Posthum erschienen und im Buchhandel zum Preis für 18 Euro zu erwerben (Rowohlt Taschenbuch, 128 S., ISBN: 978-3-499-01783-4)

Mit der zweiten Publikation überraschte mich mein Buchhändler Jürgen Wohlers erst vor wenigen Tagen. Im »Juni 2025«, so die Angabe des Rowohlt-Verlages, ist nämlich das Taschenbuch »Grenzen akzeptieren wir nicht!« erschienen, posthum. »Sie war sehr glücklich darüber, dass sie ein Vermächtnis in dieser gemeinschaftlichen Form hinterlassen konnte«, formuliert ihr Freund Umes Arunagirinathan, vor etlichen Jahren von Sri Lanka geflüchtet und mittlerweile Facharzt für Herzchirurgie in Hamburg. In dem Band geht es in jeweils wenige Seiten umfassenden Kapiteln um solche Aspekte wie Ankommen, Prozesse und Alter, oder – wie der Untertitel lautet – »Über Migration, Heimat und den Wert der Freiheit«. Aufgezeichnet wurden die Geschichten und der Gedankenaustausch zwischen Peggy und Umes von Doris Mendlewitsch, die damit ein lesenswertes Doppelpor­trät geliefert hat. ♦

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg